

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringelohn 6.— Mk., bei Selbstabholung 5.50 Mk. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mk., für einen Monat 6.— Mk. — Preis der Einzelnummer 30 Pf. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4506. — **Postcheckkonto Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Taubauer Str. 19/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 13693. — Verlag in Leipzig,
 Taubauer Straße 19/21 — **Telefon 4506**

Inseratenpreise: Die 7 gespaltene Kolonelleiste oder deren Raum 1.00 Mk., bei Blauverdrück 2.30 Mk.; Familiennachrichten, die 7 gespaltene Zeile 1.70 Mk. Reklame-Kolonelleiste 7.50 Mk. — Telefon für die Inseraten-Abteilung 2721
 Schluss der Inseraten-Aufnahme für die nächste Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Das neue Kabinett Dr. Wirths.

Das neue Kabinett setzt sich wie folgt zusammen:
 Reichskanzler und Außenminister: Dr. Wirth (Ztr.),
 Vizekanzler und Schatzminister: Bauer (Soz.),
 Innerer: Dr. Wolff Kästner (Soz.),
 Wehrminister: Dr. Gessler (Dem.),
 Wirtschaftsminister: Robert Schmidt (Soz.),
 Ernährungsminister und gleichzeitig vorläufiger Reichsfinanzminister: Dr. Hermes (Ztr.),
 Postminister: Giesberts (Ztr.),
 Arbeitsminister: Dr. H. Brauns (Ztr.),
 Verkehrminister: Groener (den Demokraten nahestehend),
 Justizminister: Dr. Rabbruch (Soz.).

Eine Aktion des Generals Seekt?

Die Reichswehr ernannt sich ihren Minister selbst.
 Berlin, 27. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Wie glaubwürdig versichert wird, ist gestern der General Seekt mit anderen Reichswehroffizieren bei dem Präsidenten Ebert erschienen, um auf die Gefahr aufmerksam zu machen, die ein Rücktritt Gesslers und gar seine Erziehung durch einen links gerichteten Politiker bedeute, die Reichswehr werde einen solchen Wechsel wahrscheinlich nicht ruhig ertragen können. Infolgedessen bewog Ebert Herrn Gessler zum Weichen. Auf der Kandidatenliste zum neuen Kabinett, auf der der rechtssozialistische Abgeordnete Kästner als Wehrminister stand, während Otto Braun Minister des Innern werden sollte, wurde daraufhin eine Umgruppierung vorgenommen. Kästner wurde Minister des Innern und Braun, gegen den sich gewisse Widerstände von Seiten des Zentrums geltend gemacht haben, fiel ganz aus.

Die Berliner Presse zum Kabinett Wirth.

Berlin, 27. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Zu der Zusammenlegung des neuen Kabinetts Wirth schreibt die Freiheit: Es sei bedauerlich, daß Dr. Rathenau, der ausdrücklich nur wegen seiner sachlichen Eignung und nicht wegen seiner nominellen Zugehörigkeit zur demokratischen Partei in das frühere Kabinett berufen worden war, sich durch eine falsche und unangebrachte Solidarität veranlaßt gesehen habe, sein Ministerium nicht weiterzuführen. Dr. Rathenau habe eine schwere und verantwortungsvolle Aufgabe übernommen und es gehe nicht an, sie mitten im Werk im Stiche zu lassen. Bei dem Ministerium der Finanzen handle es sich nicht nur um den Mann, sondern um das Programm. Es sei die wichtigste Frage unserer inneren Politik und es werde die Aufgabe der Arbeiterklasse sein, mit allem Nachdruck einzugreifen, um endlich eine gründliche und den Interessen der Arbeiterklasse entsprechende Lösung zu erreichen. Ein Gewinn sei der neue Justizminister Rabbruch. Es sei zu hoffen, daß er die dringend notwendige Justizreform wahrhaft fördern werde. Für Dr. Kästner, der Dr. Gradnauer ersetzen sollte, sei es ein Leichtes, ihn zu übertrumpfen, denn die gerade in diesem Ministerium so dringende Reformarbeit sei von Gradnauer nicht geleistet worden. Das Gepräge erhalte aber die Regierung von Dr. Wirth. Die Erklärung, die er im Reichstag vorgetragen hat, gab der großen Erregung über den Verlust Oberschlesiens starken Ausdruck. Manches, was er sagte, schreibt die Freiheit, entspricht nicht unserer Auffassung und Genosse Breitscheid hat dies auch betont. Aber wichtiger als einzelne Wendungen ist für uns die Tat. Dr. Wirth wird den Kommissar ernennen und die Verhandlungen mit den Polen führen. Entscheidend ist für uns auch, daß Wirth die Notwendigkeit der Politik der Erfüllung, des Wiederaufbaues und der Beseitigung des Mißtrauens aufs neue proklamiert hat und dieser Politik, die von uns immer vertreten worden ist, haben wir unsere Billigung ausgesprochen.

Der Vorwärts teilt mit, daß der für das Finanzministerium vorgeschlagene Wilhelm Keil trotz lebhaften Drängens auch aus der Mitte der Fraktion sich aus schwerwiegenden sachlichen Gründen weigerte, das Amt anzunehmen. Deshalb mußte in der letzten Minute zu einer einstweiligen Lösung gegriffen werden und so wurde Dr. Hermes mit der Verwaltung der Reichsfinanzen betraut, ein sicherlich wenig befriedigendes, aber, wie schon gesagt, nur einstweiliger Ausweg. Das Blatt glaubt, daß Rathenau den Ausgang der Pariser Kammerdebatte abwarten wolle, was man von ihm als Unterzeichner des Wiesbadener Abkommens durchaus begreifen könne. Der Ernennung Gesslers zum Reichswehrminister habe die Fraktion nicht mit leichtem Herzen zugestimmt.

Das Berliner Tageblatt ist ziemlich kleinlaut. In der Rede des Reichskanzlers sei nichts, was nicht auch die Demokraten und die Deutsche Volkspartei hätten mitmachen können und nichts, was diejenigen ablehnen müßten, denen in der ober-schlesischen Frage eine entschiedene Politik des Nichtverzichtsens notwendig erscheint. Das neue Ministerium Wirth sei aber nur ein Notministerium auf schmalen Brettern. Und die Umstände, unter denen das Brett schmaler geworden sei, könnten nicht vertrauensvoll stimmen.

Die Germania sagt, der Reichstag habe sich gestern mit großer und erfreulicher Mehrheit hinter die neue Regierung gestellt und damit ihre Haltung zu der selben gemacht. Die formell koalitionslose Regierung könne sich auf die erdrückende Mehrheit des deutschen Volkes wirksam stützen und habe damit den Boden für die Durchführung ihres Programms. Man könne nur hoffen und wünschen, daß die von ihr bewiesene Tatkraft auch der Gesamtheit unserer Politik zugute kommen möge, daß die berufenen Parteien sich zu ihr in der Erkenntnis hielten, daß nur eine klare politische Linie uns, wenn auch langsam, aus dem Elend der Nachkriegszeit herauszuführen vermag.

Der Lokalanzeiger meint, das neue Kabinett sei der Wille des alten Kabinetts. An Stelle der alten Regierung der Erfüllung stehe eine neue Regierung der Erfüllung, an Stelle des alten Kabinetts der Jaager ein neues Kabinett der Jaager und die gestrige Reichstagsführung sei ein Wille jener Sitzungen. In deren einer die deutsche Führung den Zwangsfrieden von Versailles gutheißt, in deren anderer der deutsche Reichstag das Londoner Abkommen des Feindbundes annahm. Alles wie sonst, alles gleich niederdrückend, wie wir es schon des öfteren erleben mußten. Jedoch, blegt sich nicht in dem Alten, dem Niederdrückenden, in all dem Schmählichen der Reim einer neuen, einer besseren Zukunft? O, daß man hoffen dürfe! Im übrigen weist auch der Lokalanzeiger auf den Widerstand der Stellung der Demokraten hin.

In der Bossischen Zeitung steht sich Bernhardi mit den Demokraten auseinander, weil sie Dr. Rathenau nicht gefallenen, in das Kabinett eingetreten. Er sagt, es konnte den demokratischen Abgeordneten keinen Augenblick zweifelhaft sein, welche Schwächung der internationalen Stellung des Kabinetts es bedeuten müßte, wenn gerade Rathenau auf der Ministerliste fehlte. Rathenau war zwar Mitglied der demokratischen Partei, aber er sei nicht als Parteimitglied, sondern lediglich auf die Initiative des Reichskanzlers in die frühere Regierung eingetreten. Es gehöre schon eine starke Dosis von Vergeßlichkeit dazu, jetzt plötzlich denselben Dr. Rathenau als Parteimitglied zu reklamieren, den man bis vor kurzem in der vordersten Linie gelassen hatte. Dieses Verhalten der Fraktion sei um so bedauerlicher, als Rathenau dadurch in den Verdacht der Untreue gegen Dr. Wirth gelangen könnte.

Zu den Verhandlungen über Oberschlesien.

Berlin, 27. Oktober (TL.) Das Kabinett wird am Donnerstag den Reichskommissar für die Unterhandlungen über Oberschlesien ernennen und ihn am Nachmittag den alliierten Regierungen namentlich nennen. — Wie die „Zelusion“ erfährt, haben die ober-schlesischen Industriellen als Vertreter für die Wirtschaftsverhandlungen mit Polen den Grafen Wilke, Kammerpräsident von Kletfeld und Staatsminister a. D. von Naumer in Vorschlag gebracht.

Oppeln, 27. Oktober. (TL.) Die in der Presse teilweise verbreitete Meldung, daß bereits am Montag die zur Führung der ober-schlesischen Wirtschaftsverhandlungen zwischen Deutschland und Polen bestimmte polnische Delegation in Oppeln eingetroffen sei, entspricht nicht den Tatsachen. Es handelt sich bei der in Oppeln anwesenden Kommission um Mitglieder der deutsch-polnischen Grenzregulierungskommission. General Dupont, der Vorsitzende der deutsch-polnischen Grenzregulierungskommission, befindet sich in Katowitz. Der polnische Delegierte in der Grenzregulierungskommission ist Graf Secewibel aus Polen.

Korjantj wieder an der Arbeit.

Warschau, 26. Oktober. In der Sejmkommission für auswärtige Angelegenheiten dokumentierte Korjantj sein Wiedererscheinen auf der politischen Bühne in einer längeren Rede zu der Entscheidung über Oberschlesien. Er rühmte die Verdienste der Insurrektion, verlangte ein Eintreten für die 700 000 Polen, die auf deutschem Gebiete blieben, und forderte alle Anstrengungen, um die Geltungsdauer der Wirtschaftskontrolle abzukürzen.

Polens Dank an Frankreich.

Paris, 26. Oktober. Der polnische Gesandte bestättigte heute vormittag dem Ministerpräsidenten Briand, daß seine Regierung die Entscheidung der Alliierten über Oberschlesien angenommen habe und drückte, Havas zufolge, den Dank der polnischen Regierung aus, daß Frankreich bei dieser Gelegenheit Polen seine wohlwollende Unterstützung gewährt habe.

Schwindelnachrichten aus Oberschlesien.

Katowitz, 26. Oktober. (WLB.) In verschiedenen Zeitungen wurde gemeldet, daß am Montag bereits 12 000 Flüchtlinge aus dem Abstimmungsgebiet in dem nicht besetzten Schlesien eingetroffen seien. Diese Nachricht ist vollkommen falsch. Sie erklärt sich dadurch, daß aus der Putschzeit her noch eine Anzahl Flüchtlinge sich in Niederschlesien aufhält, von denen aber täglich eine große Zahl zu ihren früheren Wohnsitzen in Oberschlesien zurückkehrt. Nach Bekanntwerden der Entscheidung sind neue Flüchtlinge in nennenswerter Menge nicht eingetroffen. Nur aus Königs-hütte sind mehrere deutsch-Gestante geflüchtet, und zwar auf Grund einer in der Presse verbreiteten Nachricht, daß die deutsche Apotheke Königs-hütte abgezogen sei. Auch diese Nachricht ist falsch.

Belastungsproben.

Das jetzige Ministerium ist unter dem halben Dutzend Regierungen seit der Revolution eine ganz neuartige Erscheinung. Bis her einigten sich die Parteien auf eine gewisse Basis, die als Grundlage jeder neu zu bildenden Regierung zu dienen hatte. Durch die Wetterfahnenpolitik der Demokraten haben sich diesmal die Parteien als solche ausgeschlossen, so daß der Reichspräsident Dr. Wirth in letzter Stunde beauftragte, eine Regierung zu bilden, deren Vertreter nicht als Beauftragte ihrer Partei, sondern nur in ihrer Person Mitglieder der neuen Regierung sind. Dr. Wirth muß daher von Fall zu Fall um eine Mehrheit im Reichstage kämpfen, was einestheils als ein Nachteil für den neuen Kanzler, andererseits aber als ein Gewinn zu betrachten ist, da damit Dr. Wirth eine größere Bewegungsfreiheit bekommt, die nicht immer durch die Fesseln der Parteien eingeengt wird. Trotzdem werden natürlich weder die sozialdemokratischen Mitglieder noch die des Zentrums Politik auf eigene Faust treiben können, sie werden sich immer ihrer Parteizugehörigkeit und den daraus erfließenden Pflichten zu erinnern haben. Immerhin aber sind die Demokraten offiziell ausgeschlossen und damit ist das eigentlich ruhelose Element in der Gestaltung der bisherigen Kabinette in Deutschland ausgeschaltet worden. Solange sich Dr. Wirth in der Richtung seiner bisherigen Politik bewegt, d. h. solange seine Haltung gegenüber rechts eine bestimmte ist, wird unsere Partei dieser Kurs der neuen Regierung folgen. Freilich wird schon in den nächsten Tagen die neue Regierung eine schwere Belastungsprobe auszuhalten haben, indem nunmehr endlich nicht nur die Fragen der Erfüllung der Diskussion stehen, sondern da nunmehr endlich die Frage, wie die Verteilung der Lasten vor sich gehen soll, ihrer definitiven Entscheidung entgegensteht. Die Rechtssozialisten haben als der eine Partner der Regierung in Görlich beschloffen, daß unter allen Umständen auf die Besteuerung der Sachwerte hingewirkt werden müsse. Inwieweit das Zentrum einer Besteuerung der Sachwerte zugänglich sein wird, ist heute noch nicht zu erkennen. Die Spitze der Zentrumspartei schwärmt sich über die auch für den Zentrumsarbeiter nicht unwichtige Frage geheimnisvoll aus. In seiner Antrittsrede hat sich Wirth über dieses wichtigste wirtschaftliche Problem der nächsten Wochen nicht geäußert. Verdächtig aber ist die Meldung des Vorwärts, der Steuerfachmann der rechtssozialistischen Partei, Keil, habe sich trotz allen Drängens seiner Parteigenossen geweigert, den Posten des Reichsfinanzministers zu übernehmen. Keil steht durchaus nicht im Geruch eines besonderen Radikalismus. Immerhin aber hat er gewarnt und in Görlich mit aller Entschiedenheit die Besteuerung der Sachwerte gefordert. Es scheint daher nicht ausgeschlossen zu sein, als wenn der Skeptizismus Keils auf die Unmöglichkeit zurückzuführen wäre, die Steuerfragen in seinem Sinne lösen zu können. Es wird Aufgabe der gesamten deutschen Arbeiterklasse sein, dieser Frage alle Aufmerksamkeit zu widmen, um das Kabinett Wirth, wie es schon einmal gelungen war, anlässlich der Morbaffäre Erzbergers nach links zu drängen. Freilich ist dabei nicht zu verkennen, daß die Zentrums-Privatkapitalisten aus ihrer Haut ebensowenig herauszukommen vermögen, als die Demokraten oder gar die Leute um Sinnes.

Neuerdings wird gemeldet, daß das Verbleiben Dr. Gesslers im zweiten Kabinett Wirth nicht lediglich auf einen besondern Urlaubsschein der demokratischen Partei hin zustande gekommen sei. Der General Seekt vielmehr sei mit einigen Reichswehroffizieren bei dem Reichspräsidenten erschienen und habe ihm nahegelegt, daß die Reichswehr einen linksgerichteten Reichswehrminister nicht ertragen werde. Es scheint, als wenn die Prätorianer in der Reichswehr beanspruchten, ihre Posten je nach eigenem Gutdünken besetzen zu wollen, sie glauben eine Sonderstellung einnehmen zu müssen und werden eines schönen Tages mit der Forderung kommen, daß die Regierung überhaupt nach ihren Gesichtspunkten und nach ihren Interessen zusammengelehrt werde. Das ist die dauernde Gefahr, in der wir uns in Deutschland befinden und die uns der würdige Sozialdemokrat Noske befeuerte. Schon bei früheren derartigen Fragen hat die Reichswehr ihre Forderungen geltend gemacht, wir erinnern an die Vorgänge anlässlich der Unterzeichnung des Versailler Vertrags, wir erinnern daran, daß Noske durch seine Prätorianer die feste Stütze erhielt. Die Lüttwiltz und Ehrhardt brauchten ihren Posten, weil er vertrauensselig genug war, ihre geheimen Pläne nicht zu entdecken. Ob es mit Dr. Gessler, dem jetzigen Auswärtigen der Prätorianer, eine ähnliche Bewandnis hat, werden die kommenden Zeiten zeigen. Die deutsche Arbeiterklasse wird gegen eine derartige Haltung der Reichswehrkamarilla mit aller Entschiedenheit Protest einlegen müssen, um so mehr als etwa zur gleichen Stunde, in der die neue Regierung gebildet wird, die monarchistischen Wörderbänden in München ein neues Attentat verüben. Wir wissen, daß die Prätorianer Noskes ihre Hand bei diesen Wörderbänden im Spiele haben und haben daher alle Veranlassung, dahin zu wirken, daß die Prätorianer Gesslers mit ihren Absichten niedergehalten werden.

Die nationalpolitischen Blätter gleichen die Länge ihres Spokes über die neue Regierung Wirth aus. Das Leipziger Herfurthorgan spricht von dem „Kabinett der Unterwerfung“. Dabei erklärt das Berliner Tageblatt, daß die Haltung Wirths in seiner Rede im Reichstage sehr wohl auch von den Demokraten, ja sogar von der Deutschen Volkspartei gebilligt werden könne. Woher dann das „Kabinett der Unterwerfung“, wenn selbst das Organ Theodor Wolffs, der Polen austauschern will, die Haltung Dr. Wirths billigt? Die große Geste ist vorüber und die Politik im Reich nimmt ihren Fortgang, so wie das früher war. Dr. Haas, einer der demokratischen Reichstagsabgeordneten, erklärte kürzlich in einer Versammlung in Baden gegenüber der Deutschen Volkspartei, daß sie eine Partei von „grundständigster Grundhaltungslosigkeit“ sei. Wenn irgendeine Partei sich als grundständig grundlos bewiesen hat, dann war es die Partei des Reichstagsabgeordneten Haas in der Haltung der oberösterreichischen Angelegenheit.

Im übrigen registrieren wir die Äußerung des Leipziger Herfurthorgans, daß das neue Kabinett das „geläuterte U.S.P.D.-Kabinett ohne Unabgängige“ sei, das heißt, daß die U.S.P.D. bisher in allen auswärtigen Fragen die politische Haltung des Reiches bestimmte. Der Kurs unserer Partei ist ein einheitlicher gewesen, und wenn das gegenwärtige Kabinett wieder ein Kabinett ist, das lediglich nach den Richtlinien unserer auswärtigen Politik geleitet wird, so registrieren wir das als ein Zeugnis für die Festigkeit und Klarheit unserer Partei, die getragen ist von Bewegungsgesetzen der Entwicklung.

Die neue alte Regierung.

Berlin, 26. Oktober 1921.

Die lächerlichste Komödie, die je auf politischem Gebiete aufgeführt wurde, hat heute nacht gegen 12 Uhr ihr Ende erreicht. Dem um drei neue Personen veränderten bisherigen Kabinett wurde mit 230 gegen 132 Stimmen, bei neun Enthaltungen, die Billigung zur Erklärung ausgedrückt, die Wirth in der oberösterreichischen Frage abgegeben hat. Diese Billigung ist aber nicht uneingeschränkt. Der Rechtssozialist Müller machte zwar nur mäßige Vorbehalte, dagegen belonte unser Redner, Genosse Freitscheld, aus- und nachdrücklich, daß sich die Billigung nur darauf beziehe, daß die Regierung die in der oberösterreichischen Frage aufgelegte Verpflichtung erfüllt, daß sich die Fraktion aber Vorbehalte, zu jeder Frage neu Stellung zu nehmen. Ein innen- und außenpolitisches Programm enthält die von Wirth vorgelegene Erklärung überhaupt nicht. Der größte Teil davon ist der Rechtsverwaltung gegen die Entscheidung der Entente und des Völkerbundes gewidmet und macht den Eindruck einer Rückversicherung gegen die heftigen Angriffe von rechts. Wenn der Kanzler sagt, daß die Regierung die Verpflichtung erfüllen werde, soweit dies in Deutschlands Kraft liege und daß die Außenpolitik in ihrer bisherigen Linie fortgeführt werde, so tritt dadurch das lächerliche und Verbrechen der Krise deutlich zutage. Natürlich hat sie einen tieferen Grund, denn die Demokraten haben nicht umsonst mit allen Mitteln der Intrige und der politischen Schieberei auf sogenannte Verbreiterung der Koalition nach rechts hingearbeitet, sie wollen die aus der Erfüllung des Friedensbittates hervorgehenden Lasten mit Hilfe der deutschen Volksparteier auf die Schultern des arbeitenden Volkes wälzen, wobei ihnen die oberösterreichische Frage zur Entzündung der Krise sehr gelegen kam. Sie begehrten zwar mächtig auf, als ihnen Freitscheld diesen Spiegel vorhielt, aber sie bestätigten damit nur dessen Worte. Noch bis zum letzten Augenblick haben sich einzelne Minister vor ihnen an den Gesseln geklammert, bis ihnen dann doch mit aller Deutlichkeit gesagt wurde, ihr Bemühen sei vergeblich. Die jämmerliche Rolle, die die Demokraten sowohl als Fraktion wie einzelne ihrer Mitglieder als Minister spielten, zeigt der Verlauf der Krise und der heutigen Reichstagsitzung. Mit Heldegeburden traten sie bis zur Sitzungseröffnung mit der Erklärung vor die Öffentlichkeit, die Entscheidung der Entente müsse abgelehnt werden, in einem Kabinett der Unterwerfung sei für sie kein Platz. Als sich die Verhandlungen mit der Deutschen Volkspartei zerbrachen, gingen einzelne „demokratische“ Minister dann aber an sich an ihre Gesseln zu klammern. Die Partei hatte sich aber öffentlich festgelegt, und so blieb ihnen nichts übrig, als sich entweder zu trollen, oder sich und die Partei bloßzustellen, und zu verleugnen. Nur Geßler, den die Fraktion „beurlaubt“ hat, dürfte sich mit der „neuen“ Regierung vorstellen, die anderen hatten wieder auf den Abgeordnetenstufen Platz zu nehmen. Gerade Geßler, die Strohputz der Militaristen, hätte aber zuerst verschwinden müssen.

Wer aber nun aus der trostlosen Lage, in die sich die Demokraten hineinmanövriert hatten, schloß, daß sie in der Sitzung nun konsequent bleiben würden, täuschte sich. Sie stimmten für die Regierungserklärung und gleichzeitig auch, um den Anschluß nach rechts nicht zu verlieren, für den entgegengesetzten Antrag der Volksparteier und Deutschnationalen. Obendrein schickten sie den Professor Schäking mit der unerfüllbaren Aufgabe vor, ihre Haltung (welche?) zu rechtfertigen. Dieser redete; aber was noch das Klügste war, er redete überhaupt nicht über die Haltung der Demokraten, sondern vom Völkerbund und der ungerechten Entscheidung in der oberösterreichischen Frage.

Auch der Redner der Deutschnationalen beschränkte sich einer gewissen Zurückhaltung, er mochte mit Recht behaupten, daß bei diesem Kapitel keine Vorbehalte für seine Partei zu ernten sind. Und der Redner der Volksparteier, Professor Kahle, rang sich gar das offene Geständnis ab, niemand hätte erwarten können, daß Oberösterreich ungeteilt bei Deutschland bleiben werde.

Eine eigentümliche Haltung nahm das Zentrum insofern ein, als es den oberösterreichischen Pfarrer Ustka vorschickte, der das politische Gebiet sorgfältig mied und nur eine Trauerrede über den Verlust des oberösterreichischen Gebietes hielt.

Den Höhepunkt der Debatte bildet unbestritten die Rede des Genossen Freitscheld. Er sagte den Herrschaften, daß die Zeit zum Halbmaßschlag gewesen sei, als Lubendorff die Regierung zum Waffenstillstand drängte. Dann nahm er sich die Partien der Rechten und besonders die Demokraten vor, denen wir die oberösterreichischen Verluste zu verdanken haben. Aber auch den Rechtssozialisten sagte er, daß sie mitschuldig an der Regierungskrise durch ihren görtlichen Beschluß seien. Sie murzten zwar gewaltig, aber widerlegen konnten sie die Tatsache selbst nicht, die sie ja mittlerweile selbst anerkennen müssen.

In Görlitz zogen sie zur Koalitionsverbreiterung nach rechts aus und sind jetzt gezwungen in eine nach rechts verschärfte Regierung eingetreten. Ihre politischen Strategen haben die Partei von einer politischen Blamage zur anderen geführt. Ob sie daraus für die Zukunft lernen, ist noch sehr fraglich.

Die Regierung ist nun im letzten Augenblick mit Ach und noch mehr mit Krach gebildet worden. Vollständig ist sie überdies noch nicht; drei der wichtigsten Ämter sind noch unbesetzt: das Außen-, das Finanz- und das des Wiederaufbaus.

Von neuen Köpfen sind Radbruch (Justiz), Küster (Inneres) eingetreten. Sonst bleibt alles beim Alten. Aber auch die neuen Männer sind außer Radbruch alte, aber keine neuen Bekannten. Küster gehörte der Regierung einmal ein paar Wochen lang als Außenminister an. Von seiner Tätigkeit in diesem äußerst wichtigen Amt ist nichts weiter bekannt geworden, als ein paar nationalsozialistisch-feuilletonistische Reden. Dagegen haben sowohl Hermes als Ernährungsminister für die Landwirte und Großkapitalisten, wie Giesberts, Brauns und Groener als wackere Reaktionäre erwiesen. Es mutete deshalb mehr als nur eigentümlich an, als Herr Wirth sein Kabinett nicht als ein solches der Koalitionsparteien, sondern als eines der Persönlichkeiten vorstellte. Diese Bemerkung ist das einzig Neuartige im Regierungstrouerspiel. Ein langes Leben, darüber ist man sich allgemein einig, hat dieses Kabinett nicht. Schon die nächsten Wochen werden dies aufs deutlichste bestätigen.

Der Reichstag ist nun bis zum 3. November vertagt worden. In der Zwischenzeit wird die Regierung ihr innen- und außenpolitisches Programm ausarbeiten. Oder auch nicht?

Internationale Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Parteien.

Sitzung des Exekutivkomitees in London v. 17.—21. Oktober 1921.

Das Exekutivkomitee der I.A.G.S.P. trat am 17. Oktober in London im Bureau des Secretariats der Unabhängigen Arbeiterpartei England (I.W.P.) zusammen. Anwesend waren die Bureaumitglieder Adler-Wien, Grim-Wern, Ledebour-Berlin, Longuet-Paris, Wallhead-Manchester; außerdem die Exekutivmitglieder Brade-Paris, Kapianski-London für die Poale Zion und Shinwell-Glasgow.

Die Beratung war in erster Linie zur Behandlung organisatorischer Fragen einberufen, trat jedoch zunächst in eine eingehende Diskussion der aktuellen politischen Probleme, insbesondere Oberösterreichs und des Bürgerlandes, ein. Nach ausführlicher Darstellung der Konstellation durch Ledebour und Adler sprachen in der Diskussion vor allem die Vertreter Frankreichs und Englands den Wunsch aus, fortwährend über diese Fragen unterrichtet zu bleiben, damit den sozialistischen Parlamentsfraktionen in den Entente-Ländern die Fortsetzung eines wirksamen Kampfes gegen die Imperialisten im eigenen Lande, die sich als unfähig erwiesen haben, auch nur das von ihnen otrozierte Friedensbittat durchzuführen, ermöglicht werde. Die Konferenz billigte einstimmig die Haltung der angeschlossenen Parteien in Deutschland und Österreich und forderte sie auf, den Kampf gegen die reaktionären Gefahren im Interesse des gesamten Weltproletariats unermüdet und energisch weiterzuführen.

Das Exekutivkomitee nahm den Bericht über die in den einzelnen Ländern eingeleiteten Schritte für die Inhaftierung zugunsten des hungernden Rußlands entgegen, konstatierte mit Befriedigung, daß die der I.A.G.S.P. angeschlossenen Parteien in allen Ländern ihre ganze Kraft im Dienste dieser Aktion eingesetzt und in vielen Ländern einen über alles Erwarteten großen Erfolg erzielt haben. Die Konferenz beharrte es, daß durch den Versuch der Ausnutzung der Hilfsaktion zu bolschewistischen Parteizwecken es leider unmöglich wurde, eine vollständige Vereinheitlichung der Sammlungen auf internationaler Basis herbeizuführen. Die Konferenz stimmte einmütig dem vom Secretariat angeregten Vorschlag bei, die Sammlungen der der I.A.G.S.P. angeschlossenen Parteien mit den Sammlungen des Internationalen Gewerkschaftsbundes (Amsterdam) zu vereinigen und erwartet, daß der Internationale Gewerkschaftsbund die Methoden finden werde, um die von dem europäischen Proletariat gesammelten Gelder vor allem den hungernden Proletariern Rußlands ohne Unterschied der Richtung zuzuführen.

Das Exekutivkomitee nahm einen schriftlichen Bericht des Auslandskomitees der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands über die Notlage der in den Gefängnissen Rußlands inhaftierten Sozialisten entgegen. Es sind gegenwärtig etwa 1000 Genossen und Genossinnen in Gefangenschaft, deren Notlage sehr, wo der Winter heranrückt, geradezu grauam ist. Das Exekutivkomitee beschloß, auf die Beiträge der angeschlossenen Parteien aus Rußland vorläufig zu verzichten, um diese Summen der Unterhaltung der inhaftierten Genossen zuzuführen und fordert ferner alle angeschlossenen Parteien auf, nach bester Möglichkeit zu dieser Unterstützungsaktion Beiträge zu leisten, die durch Vermittlung des Secretariats der I.A.G.S.P. weitergeleitet werden können.

Gegen die amerikanische Nachjustiz.

Das Exekutivkomitee beschloß gegen die kapitalistische Nachjustiz in Amerika, wie sie insbesondere in der schmachvollen, jedem Rechtsbewußtsein Hohn sprechenden Verurteilung der Anarchisten Sacco und Vanzetti, neuerlich drastischen Ausdruck gefunden hat, seinen Protest mit den Protesten aller übrigen proletarischen Organisationen zu vereinigen.

Verhandlungen mit der englischen Arbeiterpartei.

Gemäß dem Beschluß, der in der Sitzung des Exekutivkomitees der I.A.G.S.P. in Frankfurt a. M. am 11. Juli d. J. gefaßt wurde, folgte das Exekutivkomitee der Einladung des Exekutivkomitees der englischen Arbeiterpartei zu einer informellen Besprechung über die Probleme der internationalen Zusammenfassung der proletarischen Kräfte. Diese gemeinsame Beratung fand am 19. und 20. Oktober 1921 in der Carlton Hall statt. Es waren von Seiten der I.A.G.S.P. alle in London anwesenden Mitglieder des Exekutivkomitees erschienen, von Seite der Labor Party alle in London anwesenden Mitglieder des Exekutivkomitees. Nach einer eingehenden Darlegung des Standpunktes der Labor Party durch den Vorsitzenden Jowett und Tom Shaw fand eine ausführliche Debatte statt, an der sich von Seite der Labor Party auch Ramsay MacDonald und Arthur Henderson beteiligten und in der der Standpunkt der Arbeitsgemeinschaft durch Adler, Longuet und Ledebour dargestellt wurde. Zum Schluß der Konferenz wurden auf Grund des einstimmigen Beschlusses des Exekutivkomitees der I.A.G.S.P. die Gesichtspunkte der uns angeschlossenen Parteien in folgender Erklärung zusammengefaßt:

Erklärung

der Exekutive der I.A.G.S.P. in der gemeinsamen Sitzung mit der Exekutive der englischen Arbeiterpartei am 20. Oktober 1921.

Wir stellen mit großer Befriedigung die vollständige Ueber-einstimmung der Exekutive der Labor Party mit unserer Exekutive in der Beurteilung der gegenwärtigen untrüglichen Lage der internationalen Organisation des klassenbewußten Proletariats fest. Wir wissen uns einig mit den Vertretern des englischen Proletariats in dem ersten Streben, der demütigenden Nachlassigkeit des Proletariats auf internationale Gebiet ein Ende zu machen durch den Aufbau einer allumfassenden Internationale.

Das Ziel ist gemeinsam, die Unterschiede liegen in der Einschätzung der aktuellen Möglichkeiten und in den Methoden, zu diesem Ziele zu gelangen. Wir sind im Gegensatz zur Labor Party der Meinung, daß es sich unter den gegenwärtigen Bedingungen nicht um neue organisatorische Formen handeln kann, sondern daß die internationale Front des Proletariats vor allem in gemeinsamen Aktionen, im gemeinsamen Klassenkampf errungen werden muß. Wir sind daher nicht der Ansicht, daß die Einberufung einer allgemeinen Konferenz in der nächsten Zeit der Stärkung der internationalen Beziehungen dienen könnte, daß sie vielmehr einem späteren Fortschritt zur

internationalen Organisation hinderlich im Wege stehen würde. Aber auch für den Fall, daß eine Konferenz, wie sie von der Labor Party in Aussicht genommen wurde, zeitgemäß werden sollte, so könnten wir die vorgeschlagene Basis, als viel zu eng, nicht akzeptieren. Das Ziel der I.A.G.S.P. ist ein viel weitergehendes, als es im Plane der Labor Party zum Ausdruck kommt. Wir wollen im geeigneten Zeitpunkt alle Kräfte des klassenbewußten Proletariats zu internationaler Einheit zusammenschließen, während der Vorschlag der Labor Party nicht nur die Moskauer angeschlossenen Parteien vorläufig außer Betracht läßt, sondern es zum Beispiel nicht einmal der für die internationale Aktion unentbehrlichen sozialistischen Partei Italiens ermöglichen würde, an der Konferenz teilzunehmen. Wir müssen daher weiter mit Ausdauer und Zähigkeit das viel höhere Ziel verfolgen, das die Wiener Konferenz im Februar 1921 unserer Arbeit gesetzt hat.

Die Vertreter der Labor Party haben erklärt, daß die Mitglieder des Exekutivkomitees des unter dem Namen „Zweite Internationale“ bestehenden Parteienverbandes bereit seien, ihre Ämter niederzulegen, falls die Exekutive der I.A.G.S.P. das gleiche tue, und daß sie sogar gewillt seien, die Zweite Internationale überhaupt aufzulösen, wenn dadurch die Einigung des Weltproletariats erleichtert werde. Die Vertreter der I.A.G.S.P. haben zu einer gleichartigen Erklärung weder eine Vollmacht noch sind sie der Ansicht, daß unter den gegenwärtigen Umständen ein derartiger Schritt unsererseits der Sache der internationalen Einigung dienen könnte. Vielmehr sind wir der Ansicht, die Existenz unserer I.A.G.S.P. begründe die Hoffnung auf Schaffung einer das gesamte revolutionäre Proletariat umfassenden Internationale.

Unser Standpunkt in der Frage der Möglichkeiten und Methoden der Herstellung einer allumfassenden Internationale ist unzweifelhaft gekennzeichnet in den Beschlüssen der Wiener Konferenz vom Februar 1921 und in dem Brief, den wir am 11. Juli 1921 an die Labor Party geschickt haben. Wir schätzen die Schwierigkeiten, die sich der Schaffung einer wirklichen Internationale entgegenstellen, viel höher ein, als es die Exekutive der Labor Party tut, die die weniger komplizierten Verhältnisse in England zum Ausgangspunkt der Betrachtung nimmt. Trotzdem sind wir überzeugt, daß die Zusammenfassung der proletarischen Kräfte zu gemeinsamen Aktionen, insbesondere im Kampf gegen die konterrevolutionären Aspirationen, gegen imperialistische Kriege und Kriegsausbeuter, gegen die fortschreitende Verelendung der Arbeiterklasse, gegen die Hungersnot in Rußland etc., in immer steigendem Maße gelingen wird. Als Vorbild derartiger gemeinsamer Aktionen erscheint uns etwa die Zusammenfassung der proletarischen Kräfte, wie sie in Deutschland nach dem Rapp-Busch und nach der Ermordung Erzbergers stattgefunden hat. Wir sind überzeugt, daß derartige gemeinsame Aktionen durch informative Besprechungen, wie wir sie heute mit der Labor Party hatten, bedeutend gefördert werden können und sind, wie wir schon in unserem Brief vom 11. Juli 1921 an die Labor Party erklärt haben, zu solchen informativen Besprechungen mit Parteien, welcher internationalen Gruppierung sie immer angehören mögen, stets bereit.

Wir anerkennen, daß die hervorragende Stellung der Labor Party innerhalb des Weltproletariats sie berufen erscheinen läßt, derartige Diskussionen einzuleiten und wir hoffen daher, bald von weiteren Vorschlägen, die in dieser Richtung gemacht werden, zu hören.

Nachdem diese Erklärung der Exekutive der Labor Party auch schriftlich übermittelt worden war, präzisierete sie ihre Auffassung nochmals in folgender

Antwort:

An das Bureau der I.A.G.S.P.
Liebe Genossen!

Wir bestätigen den Empfang Ihrer Mitteilung betreffend die Diskussion, die wir gestern mit Ihnen hatten und bedauern, daß Sie sich entschlossen haben, die Mitarbeit an einem unmittelbaren Versuch, die zerplitterten Sektionen der internationalen Arbeiterbewegung zusammenzubringen, abzulehnen, daß Sie vielmehr forsühren, einer solchen Zusammenkunft Hindernisse in den Weg zu legen.

Wir müssen Ihnen gegenüber richtigstellen, daß die Annahme nicht richtig ist, daß wir die Absicht haben, der Teilnahme der italienischen Sozialisten an der vorgeschlagenen Konferenz Hindernisse in den Weg zu legen; Tatsache ist, daß wir ihnen schon eine Einladung geschickt haben.

Wir haben gegenwärtig nicht den Vorschlag gemacht, die kommunistischen Parteien einzuladen, da ihre Methoden so verschieden sind, daß eine Zusammenarbeit unmöglich gemacht wird.

Ihre eigene Erklärung bezeugt Ihren starken Willen zur Einheit, aber wir wünschen Ihnen nochmals die Lage, wie sie von unserer Seite auf der Konferenz dargelegt wurde, in Erinnerung zu rufen. Die gegenwärtige Lage der sozialistischen und Arbeiterbewegung in Europa ist außerordentlich traurig. Wir haben einander bekämpfende Sektionen, keine Kampfeinheit, Zerplitterung der Kräfte, Sektionen, die gegeneinander arbeiten, anstatt sich zu unterstützen; der Wunsch der britischen Labor Party ist es nun, wenn nur irgend möglich ohne Reklamationen, alle Parteien, die ernsthaft eine einheitliche Bewegung erreichen wollen, zusammenzubringen, damit sie eine Grundlage ausarbeiten, auf der wir eine Internationale haben.

Wir beabsichtigen, Einladungen an alle sozialistischen Parteien zu senden, damit sie, unbeschadet ihrer bestehenden internationalen Beziehungen, die Grundlagen für eine vereinheitlichte Internationale ausarbeiten und wir forderten die Wiener Arbeitsgemeinschaft auf, ihrerseits den ihr angeschlossenen Parteien zu empfehlen, durch die Zusammenkunft die Lösung der Schwierigkeit zu versuchen. Die Wiener Arbeitsgemeinschaft hat es abgelehnt, dies zu bekräftigen.

Es war immer die Absicht der Exekutive der britischen Labor Party, die Basis der vorgeschlagenen Konferenz so weit als möglich zu gestalten und sich zu bemühen, die Sicherheit zu schaffen, daß die für die künftige sozialistische Internationale beschlossene Grundlage jeder sozialistischen Gruppe die Festheit hat, in ihrem eigenen Lande nach besten eigenen Methoden für das sozialistische Ziel zu arbeiten, aber mit dem gemeinsamen Entschluß, zum Sozialismus zu gelangen.

Als weiterer Beweis für ihr Bestreben, zu einer vereinheitlichten Internationale zu gelangen, haben die amtierenden Vertreter (offiziell) der „zweiten“ Internationale, wie auch in Ihrer Erklärung erwähnt, sich bereit erklärt, die Auflösung der „zweiten“ Internationale sofort zu empfehlen, sobald die neue Verbandsorganisationsangelegenheiten ist, vorausgesetzt, daß die

Wiener Arbeitergemeinschaft bereit wäre, dieselben Schritte zu unternehmen zum Zwecke, die Einheit zu sichern.

Was wir vorgeschlagen haben, ist ein vollständiger Beweis unseres Bemühens, jede im Augenblick nur mögliche Konzentration der sozialistischen Kräfte zu erzielen. Es geht aus Ihrer Erklärung klar hervor, daß es die Absicht der Wiener Arbeitergemeinschaft ist, jeden tatsächlichen Fortschritt zur internationalen Einheit so lange zu verhindern, bis die Kommunisten ihre Haltung bezüglich geändert haben, daß ein Zusammenwirken mit allen andern sozialistischen Parteien in der Welt möglich wird.

Diese Verlangung aufs Unbestimmte ist nicht zu rechtfertigen und die Exekutive der britischen Labor-Party bedauert daher, daß ihre Bemühungen für eine allumfassende Internationale, welche soweit sie die „zweite“ betrifft, in dem in dieser Mitteilung gekennzeichneten Umfang Erfolg hatten, wegen der von der Wiener Arbeitergemeinschaft ausgehenden Widerstände nicht zu einem befriedigenden Abschluß kommen konnte.

Im Namen der Exekutive der britischen Labor-Party, Arthur Henderson, Sekretär.

Dieses Schreiben wurde der Exekutive der IWSA in ihrer letzten Sitzung am 21. Oktober überreicht. Die Exekutive beschloß, da ihre Gesichtspunkte in ihrer Erklärung bereits mit erschöpfender Deutlichkeit dargelegt sind, von einer neuerlichen Verantwortung abzulassen und das Schreiben der Labor-Party den angehängten Sekundären zur Kenntnis zu bringen.

Nach dem Abschluß der Beratungen mit der Labor-Party war das Exekutivkomitee der IWSA noch zu zwei weiteren Sitzungen zusammengekommen, in denen die internen organisatorischen und finanziellen Fragen einer eingehenden Besprechung unterzogen und in allen Fragen einstimmig Beschlüsse erlassen wurden.

Die von dem Sekretariat herausgegebenen Nachrichten der Internationalen Arbeitergemeinschaft sozialistischer Parteien werden in der bisherigen Form weitererschienen und alle Dokumente der IWSA, vereinigen. Für England werden vorläufige Ausgaben im Labor-Verlag, für Frankreich im Populaire veröffentlicht werden.

Die Arbeiten des Exekutivkomitees konnten am Freitag, dem 21. Oktober, mittags, beendet werden.

Die tapferen Kappinen und das blamierte Reichsgericht.

Die Hochverratsverhandlung gegen den edlen Jagow und seine Spielgefährten Wangenheim und Schiele ist bekanntlich vom Reichsgericht abgelehnt worden, da sich angeblich vier weitere Kappin-Führer, die Ehrhardt, Bauer, Pabst und Schtayer gegen Zusicherung freien Geleits stellen wollten. Das freie Geleit hat nun das Reichsgericht in genereller Weise zugesichert, die in so hartem Kontrast zu der Behandlung der Berliner Kommunisten steht. Aber die vier Tapferen haben sich bislang immer noch nicht gemeldet. Die Oeffentlichkeit wird stutzig und fragt sich, ob die Bier die Courage wieder verloren haben oder ob sie überhaupt nicht die Absicht hatten, sich zu stellen, sondern nur die Verschleppung des Termins gegen Jagow wollten. Die Augsburger Abendzeitung hatte in diesen Tagen sogar behauptet, die Erklärung der Bier, daß sie sich stellen wollten, liege schon ein halbes Jahr zurück, sie sei aber damals von der Reichsregierung nicht beachtet und auch vom Oberreichsanwalt der Oeffentlichkeit nicht mitgeteilt worden. Erst jetzt habe man dieses Angebot, das nicht erneuert worden sei, hervorgeholt. Der Oberreichsanwalt erklärt dagegen, daß ein Gesuch der vier Helden um freies Geleit erst in allerletzter Zeit gestellt worden sei. Von einem früheren Angebot will er anscheinend nichts wissen. Der Oberreichsanwalt bestätigt ferner, daß bisher auf die Zusicherung des freien Geleits noch kein Bescheid eingegangen sei, ob die Bier sich stellen werden. Es habe darum noch kein neuer Termin für den Prozeß Jagow festgesetzt werden können. Wenn sich die Bier aber nicht bald bereit erklären würden, so werde die Verhandlung gegen Jagow-Wangenheim-Schiele besonders vorgenommen werden.

Die Sächsische Korrespondenz erwähnt übrigens ein Gerücht, wonach Jagow flüchtig geworden sei und sich nicht stellen werde. Sie meint, dagegen spreche die erhebliche Höhe der hinterlegten Kaution. Als ob den Jagow und seine Hintermänner, die über sehr geschäftliche Unternehmungen verfügen, diese Bagatelle von einer halben Million groß berühren könnte. Wir sind wirklich sehr gespannt, ob es noch zu einem Jagowprozeß kommen wird.

Das Angebot der vier Kappinhelden scheint ähnlicher Art gewesen zu sein, wie die selbsterzählte von den nationalistischen Blättern mit großem Tamtam verbreitete Meldung, daß sich der Hauptangeklagte in dem Kriegsverbrecherprozeß wegen der Verletzung von englischen Rettungsbooten, der Kapitänleutnant Pahl, stellen werde, um die Wiederaufnahme des Verfahrens gegen die beiden verurteilten ehemaligen Seeoffiziere Boldt und Dithmar zu erwirken. Das war im Juli und seitdem ist ein Vierteljahr verstrichen, ohne daß Herr Pahl seine sichere Stätte in Südamerika verlassen hätte. Und alle den internationalen Arbeitern folgenden von der Sache!

Kritische Situation in Ungarn. Budapest unter dem Terror der „Erwachenden Ungarn“.

Budapest, 20. Oktober. (U.K.) Die Hauptstadt steht seit Jahren unter der förmlichen Diktatur der Detachements und der „Erwachenden Ungarn“. Besonders die Detachements Brona und Sella fühlen sich, seitdem mit ihrer Hilfe der karlistische Aufstand niedergeworfen ist, als allmächtige Herren der Situation. Hand in Hand mit ihnen arbeiten die Erwachenden Ungarn, die gestern wieder große Demonstrationen veranstalteten, wobei zahlreiche Passanten blutig geschlagen und die Druckereien der liberalen Zeitungen H. G. und Magyarerlag gänzlich demoliert wurden. Wie üblich richten sich die Ausschreitungen gegen die Juden, denen man diesmal vorwirft, mit den Karlisten konspiriert zu haben, während sie bisher bekanntlich stets wegen bolschewistischer Gesinnung verpöbelt wurden. Wie zur schlimmsten Zeit des weißen Terrors im vorigen Jahre sind jetzt die Straßen Budapests nach Eintritt der Dunkelheit menschenleer, da jedermann die Uebergriffe der „Erwachenden“ fürchtet. Die wirklichen Führer des legitimen Unternehmens befinden sich nur zum Teil in Haft und es wird von Stunde zu Stunde klarer, daß sie auch diesmal straflos ausgehen werden.

Meutereien der Korlth-Truppen?

Paris, 20. Oktober. (D.L.) Der Berichterstatter der Chicago Tribune meldet, daß Korlth erklärt habe, König Karl sei in seiner Gefangenschaft durchaus sicher und es sei keine Möglichkeit für ihn, zu entfliehen, obwohl unter den Truppen der Nationalarmee eine Rebellion ausgebrochen sei. Man sei in den politischen Kreisen die Korlth nicht naheheftig, allgemein der Ansicht, daß die Verteidigung Budapests nur eine Komödie gewesen sei, und die Chicago Tribune behauptet sogar, daß Korlth in den nächsten

Stunden eine Revolle seiner eigenen Truppen erwarte, die zu unterdrücken er wohl kaum große Anstrengungen machen werde.

Ueber die „Schlacht“ zwischen Nationalarmee und Karlisten berichtet die Chicago Tribune, daß die Verteidiger Budapests acht Tote und zwölf Verwundete gehabt hätten, während die Truppen Ostensburgs mit 9 Toten und 22 Verwundeten sowie 180 Gefangenen das Schlachtfeld der Nationalarmee überlassen hätten. Entschuldigend für den Ausgang des Gefechtes war das Erscheinen des Hossarbanden im Rücken Ostensburgs, die sofort sehr energisch eingriffen. Hossar ist bekanntlich ein Todfeind Ostensburgs. — Aus Westungarn wird gerüchtweise gemeldet, daß Oberst Schar von seinen eigenen Soldaten auf der Flucht erschossen worden sei.

Ablehnung der Forderungen der Kleinen Entente?

Budapest, 20. Oktober. (U.K.) Das angekündigte Ultimatum der Kleinen Entente ist bisher noch nicht übergeben worden. Das Kabinett wird natürlich erst nach Eintreffen der Note in der Lage sein, Beschluß darüber zu fassen. Jedoch verläutet mit Bestimmtheit, daß die Regierung nicht gewillt ist, eine Einmischung in die inneren Verhältnisse des Landes zu gestatten. Man nimmt hier den Standpunkt ein, daß eine Ablehnung der Habsburger durch Geseh nur mittels eines freien Beschlusses der Nationalversammlung ohne außenpolitischen Druck zustande kommen könne. Jede Forderung der Kleinen Entente, die als eine zwangswelke Einmischung in die Rechte der selbstbestimmten ungarischen Körperlichkeit anzusehen sei, wird unbedingt abgelehnt werden.

Große Entente gegen Kleine Entente.

Belgrad, 27. Oktober. (U.K.) Die Vertreter Englands und Frankreichs unternahmen am Mittwoch bei der jugoslawischen Regierung eine Demarche, um sie aufzufordern, die militärischen Vorbereitungen gegenüber Ungarn einzustellen. Die Demarche hat in Belgrad eine ernste Enttäuschung hervorgerufen.

Alle diese Meldungen zeigen, daß die Lage in Ungarn nach wie vor sehr ernst und kritisch ist. Die Gefahren, die Mitteleuropa von Korlth-Ungarn her drohen, sind durch die vorläufige Erledigung des Karlistischen Unternehmens noch keineswegs abgemindert worden. Jede Stunde kann neue Ueberraschungen bringen. Jeden Augenblick besteht die Gefahr, daß die Flammen aus dem ungarischen Brandherd der Reaktion auf die Nachbarländer übergreifen und erneut einen Brand in Zentraleuropa entfachen können. Die Arbeiterschaft hat deshalb allen Anlaß, die Vorgänge in Ungarn unausgesetzt mit der größten Aufmerksamkeit zu verfolgen und mit allen Kräften zur Abwehr des noch immer drohenden konterrevolutionären Ansturms zu rufen.

Korlths Forderungen an Karl.

Budapest, 27. Oktober. (U.K.) Um die Ordnung in Ungarn wiederherzustellen und die Lage Ungarns in Europa zu bessern, hat die Regierung den Erzönig aufgefordert, definitiv abzustanden und die vollständige Aufhebung der pragmatischen Sanktionen anzuerkennen. Sie hat ihm vorgeschlagen, sich der englischen Volkspartei anzuschließen. Die Regierung hat außerdem dem Erzönig mitgeteilt, daß sie die Personen, die am Staatsstreich teilgenommen haben, vor das Militärgericht ziehen werde.

Berlin, 27. Oktober. (U.K.) Wie der Sonderberichterstatter des Deutschen Tageblattes in Budapest meldet, hat Karl die Bedingungen, die ihm von Korlth am Mittwoch gestellt wurden, ausdrücklich angenommen. Karl ist vollständig zuzustimmen.

Budapest, 26. Oktober. Rakovsky, Andrássy und Dr. Graf sowie die Führer der russisch-ungarischen Majorität und Oberleutnant Rang sind nach Budapest gebracht und in polizeilichen Gewahrsam genommen worden. Die Abgeordneten Benezy und Szurecsanyi, welche ebenfalls der Urheberschaft des Staatsstreichs beschuldigt werden, haben sich freiwillig gemeldet und sind in Polizeigefangenschaft genommen worden.

Karls künftiger Aufenthalt.

London, 26. Oktober. Reuters erfährt, es sei vorgeschlagen worden, den ehemaligen Kaiser Karl nach Italien zu verbannen. Die britische Regierung sei jedoch der Ansicht, er müsse viel weiter weggeschickt werden, damit ein neuer Versuch, den Thron wieder zu erlangen, unmöglich gemacht werde. Im Hinblick auf die Umstände, unter denen die Abreise Karls erfolgte, ist es unwahrscheinlich, daß die Alliierten Vorstellungen bei der Schweiz erheben werden.

Eine Wiener Meldung besagt, es bestünde die Absicht, den Erzönig vorläufig, bis zur endgültigen Entscheidung über seinen künftigen Aufenthalt, auf ein englisches Kriegsschiff im Schwarzen Meer zu bringen.

Neuer Bandenüberfall an der westungarischen Grenze.

Wien, 26. Oktober. Eine 150 Mann starke, aus Banden und regulären Militärs bestehende ungarische Abteilung drang heute nachmittags in Parndorf ein, überfiel die dort anwesende, aus einem Offizier und 11 Mann bestehende österreichische Patrouille und zersprengte sie. Der Kommandant und vier Mann wurden verletzt.

Hand-in-Hand-Arbeiten der ungarischen und bayerischen Monarchisten.

München, 27. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Die Neue Zürcher Zeitung meldet, Geal Kichner (Schobberg), Staatschef der bayerischen Einwohnerwehr und Mehger, Staatschef der Tiroler Jugendwehrgruppe werden zu Verhandlungen mit den Christlich-Nationalen Ende dieses Monats in Budapest erwartet. Eine Annäherung zwischen den ungarischen und bayerischen Monarchisten sahnte der vom Rapp-Buch her bekannte Oberst Bauer an, der seit geraumer Zeit in Budapest weilt.

Wie haben gestern bereits mitgeteilt, daß die beiden Kampfführer der Zeitfreiwilligenbataillone von München zu Beratungen nach Innsbruck gefahren seien. Diese Reise nach Innsbruck steht im Zusammenhang mit den Verbindungen, die nach Budapest angeknüpft sind und die Führer der Zeitfreiwilligenkompanien werden mit dem Staatschef der bayerischen Einwohnerwehr und der Tiroler Jugendwehrgruppe zu den Verhandlungen nach Budapest fahren.

Reparations- und Finanzfragen.

London, 26. Oktober. Im Unterhause fragte Kenworthy, ob die Wirkung der Entscheidung in der oberösterreichischen Frage auf die Zahlung der deutschen Reparationen in Erwägung gezogen worden sei und ob man beabsichtige, die Reparationsfrage infolge des Gutachtens des Völkerbundes von neuem aufzuwerfen. Der Schatzkanzler verneinte dieses. Das im Mai von der deutschen Regierung angenommene Ultimatum habe den Betrag der Entschädigung festgelegt ohne die etwaige Entscheidung bezüglich Oberösterreichs in Betracht zu ziehen. Kenworthy fragte weiter: Ist es dem Schatzkanzler bekannt, daß der englische Finanz- und Handelsauschuss beinahe einstimmig der Meinung ist, daß die Zahlung des gegenwärtigen Reparationsbetrages nicht geleistet werden kann, ohne Großbritannien zu schädigen? Wird diese Frage von neuem erwogen werden? Selbsterklärung auf folgende Weise: Der Schatzkanzler teilte in Erwiderung auf eine andre Anfrage mit, daß er beabsichtige, den Abgeordneten einen amtlichen Bericht über das Wiesbadener Abkommen zuzugewen zu lassen.

Lauf Daily Telegraph haben die führenden Bankiers Amerikas den Präsidenten Harding überreicht, daß die Delegierten der andern Länder auf der Washingtoner Konferenz weniger Begünstigung für eine Beschränkung der Reparationen zeigen werden, wenn nicht auch die internationalen Finanzfragen zur Erörterung kommen. Zahlreiche Ratgeber des amerikanischen Präsidenten teilen der Ansicht, daß die Weigerung der Vereinigten Staaten, Frankreich irgendwelche militärische Garantien gegen einen deutschen Angriff zu geben, durch die Erklärung gemindert werden könnte, daß die Vereinigten Staaten einen Anteil bei der Garantie der Reparationszahlungen übernehmen würden. Es werde vorgeschlagen, daß die amerikanische Regierung, falls Deutschland einen Teil der an Frankreich geschuldeten Reparationszahlungen nicht leisten könne, Frankreich ein gleicher Teil seiner Schuld an die Vereinigten Staaten erlassen werden soll.

Washington, 26. Oktober. Das Repräsentantenhaus nahm einen Gesetzentwurf an, durch den ein Ausschuss unter dem Vorsitz des Staatssekretärs Mellon zur Konsolidierung der ausländischen Schuld an die Vereinigten Staaten gebildet wird. Das Haus lehnte einen Vorschlag ab, der darauf hinzielte, den Kongress zu ermächtigen, die Maßnahmen dieses Ausschusses abzuändern.

Wienlieferungen an Frankreich und Belgien.

Berlin, 20. Oktober. (U.K.) Die Entente verlangt neuerdings die Lieferung von Wien. In den nächsten Tagen sollen an Belgien 3400, an Frankreich 20000 Wienerkaffee auf Grund des Vertrages von Versailles zur Ablieferung gelangen. Hiermit sind aber die Forderungen der Entente noch nicht erschöpft, es sollen vielmehr im kommenden Frühjahr weitere Lieferungen vorgenommen werden.

Um die neue Ueberwachungskommission.

Paris, 25. Oktober. Die Verhandlungen zwischen den Vertretern der Alliierten und der deutschen Regierung über die Gestaltung der bei der Aufhebung der wirtschaftlichen Sanktionen angelegten Kommission zur Ueberwachung des deutschen Wirtschaftsgeldes im besetzten Gebiet haben gestern in Koblenz begonnen. Die Vertreter der Alliierten legten den Entwurf eines Abkommens vor, der eine Reihe von Punkten enthielt, denen die deutschen Vertreter widersprechen oder weitere Klärung verlangen mußten. Es sind von ihnen inzwischen Gegenvorschläge unterbreitet worden, die augenblicklich der Prüfung der Alliierten unterliegen. Es ist möglich, daß die Verhandlungen morgen abend unterbrochen und erst in der nächsten Woche fortgesetzt werden.

Immer höher!

Der Margarineverband E. V. Berlin, teilt mit: Infolge der fortwährenden Entwertung der Reichsmark ist die Margarine-Industrie in die Zwangslage verlegt, die gegenwärtig bestehenden Preise für Margarine weiter zu erhöhen. Die Erhöhung beläuft sich auf 5.50 Mark bis 7.— Mark für das Pfund je nach Qualität.

Der Parteitag der Deutschen Volkspartei.

Stuttgart, 2. Oktober. Der wegen der innerparteilichen Lage aufgeschobene Parteitag der Deutschen Volkspartei wurde auf den 1. und 2. Dezember nach Stuttgart einberufen.

Auflösung der belgischen Kammer.

Brüssel, 24. Oktober. Der königliche Erlass betreffend Auflösung der Kammer und des Provinzialrats wird heute vom Amtsblatt veröffentlicht. Darin wird der Tag der Parlamentswahlen auf den 20. und der der Provinzialwahlen auf den 27. November festgesetzt. In einem gestern nachmittags abgehaltenen Ministerrat wurden die durch den Austritt der sozialistischen Minister freigebliebenen Stellen vorübergehend besetzt. Van de Weyer übernahm das Vorsteuereisen der Justiz, Reuneau das der Kunst und Wissenschaft, Baron Ruzette das der öffentlichen Arbeiten und der Protokoll der Universität Lüttich, Mahaim, das Postensystem für Industrie, Arbeit und Lebensmittelforschung.

Der Stand der Welta.

Es kosteten in Berlin	1.7.14		
	25.10.21	26.10.21	27.10.21
1 amerikanischer Dollar	4.12	165.33	165.20
1 englischer Pfund Sterling	20.43	656.80	655.80
100 holländische Gulden	189.00	5769.20	5684.30
100 schwedische Kronen	112.50	3866.11	3846.15
100 Schweizer Franken	81.00	3021.95	3016.95
100 französische Franken	81.00	1198.80	1206.25
100 belgische Franken	81.00	1189.39	1180.30
100 italienische Lire	81.00	644.35	652.30
100 deutsch-österreichische Kronen	85.00	8.24	8.38
100 tschechisch-slowakische Kronen	—	109.30	170.30
100 ungarische Kronen	—	22.97	22.72

Von Nah und Fern.

Drei Menschen durch ausströmendes Gas getötet. Düsseldorf, 26. Oktober. Der bei den städtischen Krankenhäusern beschäftigte Dr. Walter wurde heute morgen mit seinen beiden Kindern im Alter von 5 Monaten und 2 1/2 Jahren im Schlafzimmer infolge ausströmenden Gases beinahe erstickt aufgefunden. Das Gas war dem unblutigen Badeofen entströmt. Wiederbelebungsvorläufe waren bei allen erfolglos.

1 1/2 Zentner Gold und Silber beschlagnahmt. München, 26. Oktober. Am Dienstag abend kam der Orientexpress Wien-Wien in München mit erheblicher Verletzung an. Es wurde in Salzburg eine genaue Zolldurchsuchung des Junes vorgenommen. Man fand bedeutende Summen in Gold und Silber, die nach Frankreich verschoben werden sollten. 1 1/2 Zentner Gold und Silber konnten beschlagnahmt werden.

Erbeben in Italien. Rom, 27. Oktober. Secola meldet, daß in der Nähe von Massa Carrara ein Erdbeben stattgefunden hat, das drei Sekunden dauerte. Die Bevölkerung ist aus der Stadt geflüchtet. Der Schaden ist sehr groß.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Walter Freytag in Leipzig. Verantwortlich für den Inseratenteil: Friedrich Tiller, Vordorfer-Verlag. Druck u. Verlag: Leipziger Buchverlag Aktiengesellschaft, Leipzig

DUNLOP

Gummibereifung

Die Weltmarke bürgt für Qualität!

Diese Nummer umfaßt 12 Seiten.

Ämtliche Bekanntmachungen.

Brennholzversteigerung.

Mittwoch, den 2. November cr., sollen im Connewitzer Revier
4000 Langhauen
gegen Barschleben meistbietend an Ort und Stelle
verkauft werden.
Zu dem Verkauf: Früh 9 Uhr im Döllher Holz,
an der Ralawitzer Brücke.
Leipzig, 24. 10. 21. Der Rat der Stadt Leipzig.

Die Stadtverordnetenwahlen in der Stadt Brandis

Am Sonntag, den 20. November 1921, von
9 Uhr vorm. bis 6 Uhr nachm. im Stadthaus statt.
Die Wahl der Stadtverordneten erfolgt auf
die Jahre 1922 bis mit 1924.
Die Zahl der Stadtverordneten beträgt 12.
Sie werden in allgemeiner, gleicher, abwech-

selnder Wahl nach dem Grundsatze der Ver-
hältnismäßigkeit gewählt.
Gemäß § 10 der Wahlordnung vom 28. No-
vember 1918 ist als Wahlausgang der städtische
Verfassungsausschuss bestimmt worden.
Zu Wahlberechtigten werden die Herren Stadt-
rat Väter und Lehrer Steinbach ernannt.
Wahlberechtigt und wählbar sind alle reichs-
deutschen Männer und Frauen die bis zum Wahl-
tage das 21. Lebensjahr vollenden und in Bran-
dis wohnen.
Ausgeschlossen von der Stimmberechtigung und
Wahlbarkeit ist, wer einmündig oder unter vor-
läufiger Vormundschaft steht in Konkurs ist und
infolge rechtskräftigen Urteils der bürgerlichen
Ehrenrechte ermangelt.
Die Ausübung des Wahlrechts ruht für die
Angehörigen der Wehrmacht während der Dauer
der Angehörigkeit zur Wehrmacht.
Spätestens bis zum 8. November 1921 sind bei
dem unterzeichneten Wahlkommissar Wahlvor-
schläge einzureichen, die von mindestens 16 wahl-
berechtigten Personen unterzeichnet sein müssen
und nach ihrer Vorzeigung kenntlich zu machen
sind, sie dürfen höchstens 15 Namen enthalten.
Von jedem vorgeschlagenen Bewerber oder von

jedem Bewerber gemeinschaftlich eine Er-
klärung über die Zustimmung zur Aufnahme in
den Wahlvorstand anzufertigen. Kein Bewerber
darf in mehreren Vorständen zugleich oder in
einem Vorstande mehrfach aufgeführt sein.
Mehrere Wahlvorstände können miteinander
verbunden werden. Die Verbindung muß von
den Unterzeichneten der betreffenden Wahlvor-
stände oder ihren Bevollmächtigten überein-
stimmend spätestens bis zum 13. November 1921
beim Wahlkommissar schriftlich erklärt werden.
Verbundene Wahlvorstände können nur gemein-
schaftlich zurückgenommen werden. Die ver-
bundenen Wahlvorstände gelten den anderen
Wahlvorständen gegenüber als ein Wahlvorstand.
In den Wahlvorständen sind die Bewerber
mit Ruf- und Familiennamen in erkennbarer
Reihenfolge anzuführen und ihr Stand oder
Beruf sowie ihre Wohnung so deutlich anzugeben,
daß über ihre Persönlichkeit kein Zweifel besteht.
Der Name des Bewerbers, der in dem Wahl-
vorstand an erster Stelle genannt ist, dient zur
Bezeichnung des Wahlvorstands. Die Unter-
zeichneten der Wahlvorstände sollen ihren Unter-
schriften die Angabe ihres Berufs oder Standes
sowie ihrer Wohnung beifügen. Der erste Unter-

zeichnete des Wahlvorstands gilt dem Wahl-
kommissar gegenüber als Bevollmächtigter der
Unterzeichner, der zweite Unterzeichner als dessen
Stellvertreter. Erklärt mehr als die Hälfte der
Unterzeichner eines Wahlvorstandes schriftlich,
daß der Bevollmächtigte oder sein Stellvertreter
durch einen anderen ersetzt werden soll, so tritt
dieser an die Stelle des früheren Bevollmächtigten,
sobald die Erklärung dem Wahlkommissar zugeht.
Brandis, am 25. Oktober 1921.
Der Wahlkommissar,
Rehm, Stadtrat und stellvert. Bürgermeister.

Marxtrautadt. Die Ausgabe der neuen
Marscharten erfolgt Frei-
tag, den 28. Oktober, im Kartenamt, Weißbach-
weg 1, in der Zeit von 8 bis 11 Uhr vormittags
und von 2 bis 4 Uhr nachmittags.
Marxtrautadt, den 27. Oktober 1921.
Der Stadtrat.

Sparkasse Wahren.
Geschäftszeit von 8 bis 1/2 Uhr.

USPD. Groß-Leipzig

Liebertwolkwitz. Freitag, den 28. Oktober, abds.
8 Uhr. **Generalversammlung**
im Gasthof zum schwarzen Hahn. Tagesordnung: 1. Be-
richte. 2. Ausprache. 3. Gemeinderatswahl. 4. Ver-
schiebene. Die Wichtigkeit der Tagesordnung macht
es jedem Mitgl. zur Pflicht, in der Versammlung
zu erscheinen. Der Vorstand.

Töpfer.

Sonntag, den 29. Oktober
nachmittags 5 1/2 Uhr
Bersammlung
im Volkshaus.
Tagesordnung:
1. Bericht über die Tarif-Ver-
handlungen;
2. Kassenbericht vom 3. Quartal;
3. Verschiebene.

Berein Naturheilkunde Marxtrautadt

Donnerstag, 27. Oktober, abends 8 Uhr, im Saale der Guten Quelle
Großer öffentlicher Vortrag
Referent: Herr **Schlurmeister**, Berlin, über: Die Natur-
heilbewegung als Kulturfaktor u. Weiterer neuer Volkskraft.
Im Erscheinen aller Mitgl. bittet und Einwohner
Marxtrautadts ladet ein. Der Vorstand.

Kaninchenzuchtverein Leipzig-West

Abteilung Knauthain.
Sonntag, den 30., und Montag, den 31. Oktober
im Gasthof am Park, Knauthain:
Große lokale Kaninchen-Ausstellung
verbunden mit großer Tombola.
Günstige Kaufbedingungen! Die Anwesenheitskarte.

Pockenimpfung — Krankheit — Tod!

Von jetzt ab kann niemand mehr gezwungen
werden, seine Kinder impfen und dadurch
krank machen zu lassen. Kunst und Be-
freiungsarbeit durch die Geschäftsstelle des
Deutschen Reichsverbandes zur Befreiung
der Impfung, Leipzig, Südstraße 68.
Sonntag, den 29. Oktober, pünktlich 8 Uhr
Bersammlung und Diskussions-Abend
im Goldenen Einhorn, Grimmaischer Steinweg 15.

Aus frisch eingetroffenen Sendungen

..... empfehle feinste blutfrische
Seefische
Bücklinge, Grüne Heringe in feinsten,
frischer Qualität zu außerst billigen Tagespreisen.
Salzheringe in großer Auswahl billigst!
Johann Rutschka
Fischwaren-Großhandlung
17 Lindenau, Gundorfer Straße 17

Billige Fleisch- und Wurstwaren!

Geräucherter Speck 20.00 Pfg.
Kud- und Jagdwurst 14.00 Pfg.
Salami und Cervelatwurst 18.00 Pfg.
Polnische und Rindwurst 16.00 Pfg.
Fleisch und Rindwurst 13.00 Pfg.
Leberwurst und Wurst 12.00 Pfg.

fr. frisches vollfleischiges Hammelfleisch 9.00 Mt.

Marktthalle, Galerie linke Hälfte
von Stand 65.

Streichfertige Gel- und Lackfarben

in anerkannt vorzüglichen Qualitäten!
Nicht die geford. Breite und Höhe, sondern die Qualität.
Fußbodenlackfarbe in Friedensqualität kg 18.00
Wasserlösliche Lackfarbe für Fußböden la Ware kg 15.00
Bestreifarbe für Fußböden la Ware kg 12.00
Weiße Emaille-Lackfarbe unlerer reinweiße
Farbe für Türen, kg 28 Mk.
Feinster, Möbel etc.

Reinölfirnis, garant. rein, doppelt gefolgt

fein Reinölfirnis, kg 25.00
Reinweiß in Öl, garantiert rein kg 22.00
Fußboden-Stauböl, hell und fett geruchlos, kg 11.00
Kerner sämtliche Lacke, Öle und Trockenfarben,
Firnis, Leim, Kitt in nur bester Qualität
und sorgfältiger, sachgemäßer Verarbeitung.
Beste Trockenkraft und Haltbarkeit!
Spezialgeschäft für Farben und Lacke
Kühnert & Co., jetzt Peterssteinweg 18.

Sofort vertilgt unter Garantie samt Brut

und allen Kropf-, Kleider- und Füll-
schädlichen **Kampolda Wanzen**
bei Mensch und Tier,
für Wunden ungeschädlich.
Verkauft nur Schletterer, 12; Gohlis, Neuh. Saal, Str. 57;
Querwald, Lind., Kopsstr. 17; W. Höblin, Marktische Gasse 3;
Georg Remmer, L. Modau, Modauer Straße 22.

Reklame-Druckereien



Fernruf Nr. 4596
**Leipziger
Buchdruckerei**
Taubp. Straße 10-11

Label-Margarine

17.00, 20.00 u. 24.00
alle 3 Sorten dem Preise
entsprechend eine ganz
vorzügliche Qualität, im
Geschmack unerreichtbar.
In Fruchtmarmelade.
= Meine Spezialität =
täglich frischer
Speise-Quark
der beste am Plage zum
Tagespreis.
Richard Voigt
Eisenbahnstraße
Fernruf 60334

Achtung! Hausfrauen!

billig! billig!
Freitag und Sonnabend
frisches hiesiges Rindfleisch
Pfund 9 und 10 Mt.
Gehacktes Pfund 11 Mt.
Knoblauchwurst
Pfund 13 Mt.
Blut- und Leberwurst
Pfund 16 Mt.
Marktthalle Galerie
Stand 38
en gros en detail

Holzschuh- und Pantoffelfabrik

Reif & Dorn, Teleph. 19834
Spezialität: Echt Leder-
schuhreparatur m. Holzsohle
Holzschuh- und Pantoffelherstellung
Beste Bezugsquelle
für Wiederverkäufer
Vorkauf- und Annahmestellen:
Hauptgeschäft:
Stötteritz, Wasserturmstr. 10
Zweigstell.: Mölkau, Str. 33
und Sell., Wurzner Str. 43.

Tapeten, Rolle 1.00 an

Borte, Meter 5 Pfg. an
100 Briefm. 25.-
Geschäftsumschl. 100.34
Wachstuchreste billig.
Tapeten-Körner
Eisenstraße 54, Ecke Körnerstr.
Kein Laden!

Zigaretten

teils mit Preisaufdruck
30-60 Pfg. versteuert zu
10, 15 und 30 Pfg.
alles goldgelber Tabak
liefert in jeder Menge nur
solange Vorrat reicht
Zigaretten-Spezialhaus
Leipzig, Blücherstr. 11.

Zahn-Praxis G. Leo

Grimmaische Str. 27
Erstklass. Ausführung
Schonende Behandlung
Billige Preise. Tel. 9830.

Haut-, Geschlechts-

u. Darmleib., vora. nero. Schwäche
behand. **Dr. mod. Deri**, nicht
approbirt, Wital. naturw.
Heillich Leipzig, Surprinistr. 5,
Sprechst. von 9-2 u. 4-8 Uhr.

Die günstige Gelegenheit!
Helle Flausch-Mäntel
dicke reinwollene
Qualitäten
In den Preislagen
**290, 450
575 und 750**
kaufen Sie ladelhaft
billig in dem
**Spezialhaus
für Damenmoden**
Kolonnadenstrasse 22
Jeder Versuch wird sich lohnen!

Moderne Damen-Mäntel
(Musterstücke)
kaufen Sie wirklich billig
Beethovenstrasse 11, I.
Vertreter: **Heinrich Pohle.**

Damen-Strickjacken
Kinder-Garnituren/Kleidchen
aus reiner Wolle, nur bessere Qualitäten
zu wirklich niedrigen Preisen
W. Dahlhaus
Passage Specks Hof, Reichsstr. 4-5, Laden 34

Sung!
Für heute und folgende Tage
empfehle
fettes Kohlenfleisch Pfund
7 Mt.
besgl. H. Schner, sämtliche Wurst-
sorten, Leber zu billigsten Preisen.
**W. Finn, Roßschlächtere, Gutrig, Wandaalener-
straße 25.**

Pis-Poln
Wissner
dabei ich durch Schaumauflage von Obermeyer's Medizinab-
beseitigt.
Der Nachbehandlung m.
Herb-Geme befanber zu
empfehlen. An haben in
allen Apotheken, Droger.
und Parfümerien

Familien-Nachrichten

Ortsverein USPD, Knautkleeberg u. U.
Unserm langjährigen Parteigenossen
Friedrich Hermann nebst Gemahlin
die herzlichsten Glückwünsche zur
Silbernen Hochzeit
Der Vorstand

Ein sanfter Tod erlöste unsere liebe gute Mutter
Henriette verw. Herrmann geb. Richter
im hochbetagten Alter von 80 Jahren.
L. Lindenau, Güntherstr. 4, III.
Um killes Beileid bitten
Die trauernden Hinterbliebenen.
Beerdigung Sonnabend 1 Uhr auf dem Fried-
hof Leubsd.

Infolge Unglücksfalls verschied plötzlich und uner-
wartet am 24. Oktober mein innigstgeliebter her-
zensguter Mann, unser guter Sohn, Bruder, Schwie-
ger Sohn, Schwager und Neffe
Richard Purtzker
im 26. Lebensjahre. In tiefster Trauer
Johanna Purtzker geb. Schulze
im Namen sämtl. Hinterbliebenen.
Beerdigung Freitag 11 Uhr Lindenauer Friedhof.

Infolge Unglücksfalls verschied plötzlich der
in unserer Eisenkonstruktions-Abteilung be-
schäftigte Mitarbeiter, Herr
Richard Hermann Purtzker
im 26. Lebensjahre. Wir verlieren in ihm einen
unserer besten Arbeiter und werden sein An-
denken stets in Ehren halten.
Großhändler, den 26. Oktober 1921.
**ATG ALLGEMEINE TRANSPORTANLAGEN-
GESELLSCHAFT FÜR MASCHINENFABRIK
LEIPZIG-GROSSZSCHÖCHER**

Allen Verwandten und Bekannten hierdurch die
traurige Nachricht, daß am 26. Oktober meine liebe
Tochter, unsere gute Mutter, Schwester u. Schwägerin
Anna Erdmann
entschlafen ist. In stiller Trauer
Paulino Erdmann nebst Hinterbliebenen.
Beerdigung am 30. Okt. 1/3 Uhr Faunsdorfer Friedhof.

Am 26. Oktober verschied unser Kollege, der
Fellenhauer Fritz Obst
Sein Andenken werden wir in Ehren halten!
Die organisierten Fellenharbeiter.
Beerdigung 29. Oktober, vorm. 10 Uhr, auf dem
Teinitzriedhofe.

Ansäßig der beim Vercheiden unserer lieben
Anna Beyer geb. Frühauf
lagen wir allen unseren Verwandten, Freunden und
Bekanntem sowie meinen Arbeitskollegen der Firma
Gausauge & Tilsch und den Hausbewohnern für die
herzliche Anteilnahme an unserem Schmerz unsern
herzlichsten Dank. Im besonderen dem Genossen
Meier für seine trostreichen Worte am Grabe.
Leipzig, den 26. Oktober 1921.
Karl Beyer und Hinterbliebene.

Verpätet! Für die vielen Beweise herzlichster
Teilnahme beim Hinscheiden meiner mir über alles
geliebten Frau, Mutter meines einzigen Kindes
Heinhold, kann ich es nicht unterlassen, allen denen,
die ihren Satz so reich mit Kränzen schmückten, hier-
mit meinen innigsten Dank auszusprechen. Ins-
besondere danke ich meinen lieben Mitbewohnern
Gundorfer Str. 18a und vom Nachbarhause, Calvius-
straße 19, für den prächtigen Blumenschmuck, sowie
denen, die ihr bei ihrem plötzlichen Hinscheiden im
Fleischkonsum, Abfeldtrage, so hilfreich zur Seite
standen. Das ehrenvolle Geleit und die vielen Be-
leitbesetzungen durch die Bekannten von Fern und
Nah haben meinen wunden Herzen wohlgetan und habe
ich den Trost, daß sie alle den schweren Verlust, der
mich traf, mitempfinden. In tiefstem Schmerz
L. Lindenau, den 26. Oktober 1921
Gundorfer Straße 18a
Wilhelm Baler
nebst Sohn und Verwandten.

Statt Karren! Für die vielen Beweise herzlichster Teil-
nahme beim Hinscheiden unserer lieben Entschlafenen,
Frau Alma Rogahn geb. Schumann
lagen wir allen unseren herzlichsten Dank.
L. Schönfeld, den 27. Oktober 1921.
Breslauer Str. 58, II.
Franz Rogahn nebst allen Hinterbliebenen.

Licht- und Naturheilverfahren
F. H. Geißler
Blutreinigungskuren, Sonst. Behand-
lung. Vorausgehende gründl. Unter-
suchung der inneren Leiden mit Nach-
prüfung aus den Krankheitszeichen in
den Augen. Sprechz. 9-12 3-5. Pfaffendorfer Str. 14.

Wetterbeobachtungen (Zoologischer Garten) in Leipzig.

Table with 10 columns: Datum, Barometer, Windrichtung, Windstärke, Temperatur, Regenmenge, etc. for dates from 24.10 to 27.10.1921.

Leipziger Angelegenheiten. Parteilagengelegenheiten.

Ortsverein L.-Ost. Freitag, den 28. Oktober, abends 8 Uhr. Frauendiskussionsabend in der Grünen Laue, Bernhardtstraße. Genossin Thome spricht über die Bedeutung der kommenden Stadtverordnetenwahlen.

Die Stadtverordnetenwahl vom 26. Oktober.

Die umfangreiche Tagesordnung der gestrigen Stadtverordnetenwahl wurde noch verstärkt durch zwei Dringlichkeitsanträge.

Dringlichkeitsantrag der USP über die Kartoffelnot hatte folgenden Wortlaut:

„Das Kollegium wolle beschließen, den Rat um Auskunft zu ersuchen, welche Maßnahmen er getroffen hat und noch zu treffen gedenkt, um die unbemittelte Bevölkerung Leipzigs mit Kartoffeln zu versorgen.“

Zur Begründung des Antrages wies Genosse Liebmann darauf hin, daß alljährlich zur Zeit der Kartoffelernte die Kartoffelnot am höchsten steigt, obwohl es doch gerade umgekehrt sein müßte. Bei den Debatten im vorigen Jahr sagten die Bürgerlichen, man solle nur abwarten, der freie Handel werde schon für billige Kartoffeln sorgen. Im vorigen Jahr wurden 35 Mark bis 40 Mark für einen Zentner Kartoffeln verlangt, in diesem Jahr kosten sie 75, 80 bis 100 Mark.

Genosse Hoyer, der herverhob, als die Zwangsbewirtschaftung aufgehoben wurde, wozu der Rat der Ansicht, daß er sich nun nicht mehr viel um die Beschaffung der Kartoffeln zu kümmern brauche. Der Rat habe aber doch versucht, eine Reserve für die dringendste Not zu beschaffen. Dabei sei er allerdings auf große Schwierigkeiten beim Einkauf gestoßen, weil viele Privatkändler wild drauflos kaufen.

Genosse Hoyer sprach für die Kommunisten und Herr Sauer für die Demokraten, der sich die alberne Bemerkung leistete, der lächerliche Wirtschaftsmisler habe auch nicht helfen können. Die Genossin Thiel sprach von den praktischen Erfahrungen beim Einkauf, die Kartoffeln sind teuer und schlecht, sie verlangte energisch, daß die Preise durch die Behörden kontrolliert werden. Damit war die Aussprache erledigt.

Ein Dringlichkeitsantrag über die Vorgänge bei der Gols-Verammlung

wurde von der Frau Schumann gestellt und begründet, die USP hatte den Antrag unterstützt. Der Antrag lautete:

„Das Kollegium wolle beschließen, den Rat zu ersuchen, Auskunft zu geben, was er zu tun gedenke, um Hebergriffe der Polizei, wie sie am Montag, dem 24. d. M., geschehen sind, zu verhindern.“

Frau Schumann fragte den Rat, ob er oder die Regierung das Polizeiaufgebot veranlaßt habe, und ob ihm bekannt gewesen sei, daß für Arbeiter die Versammlung auch gegen Eintrittskarten gesperrt gewesen sei. Neben einem starken Polizeiaufgebot seien auch einige Hundertschaften der Landespollizei in Aktion getreten. Die Polizei habe die Arbeiteramareiter gehindert, Niederlegelagenen Hilfe zu bringen. Sie welperte sich, Leute festzunehmen die zweifelslos Waffen bei sich trugen. Ein Schwerkrankenbeschädigter sei in das Zentralkomitee gebracht und dort noch geschlagen worden. Auch kommunistische Landtagsabgeordnete seien von der Polizei mit dem Gummiknüppel geschlagen worden.

Frau Schumann hatte bei ihrer Rede gegen den General Gorn mehrfach den Ausdruck Massenlächer gebraucht. Dieser Ausdruck fiel zunächst dem Oberbürgermeister auf die Nerven, der mit seinen entrüsteten Zwischenrufen: „Massenlächer?“ den Vizepräsidenten

Dr. Jund zu der Bemerkung veranlaßte, die Rednerin habe mit diesem Ausdruck die Gefühle eines großen Teils des Kollegiums verletzt.

Auf die Anfrage erklärte der Oberbürgermeister, nicht der Rat, sondern die Kreishauptmannschaft sei zuständig.

Nunmehr sprangen die Bürgerlichen dem bedrängten Polizeidirektor zu Hilfe. Der Fabrikbesitzer Dr. Kunath nahm sich heraus, im Namen der Arbeiter gegen die Ausführungen der Frau Schumann zu protestieren, er wurde dafür von der Linken des Saales ausgelacht. Der unvermeidliche Herr Börner behauptete, die Kommunisten hätten den Beamten Pfeifer in die Augen geworfen, er müßte nachher aus dem Munde des Polizeidirektors hören, daß nicht die Kommunisten, sondern die monarchistischen Elemente Pfeifer gestreut haben. Für die Demokraten stimmte Herr Weidert ein Loblied auf den General an, der Deutschland vor dem Bolschewismus gerettet habe.

Genosse Liebmann kennzeichnete dieses Loblied auf den Finnenlächer und Ballistener als die klappernde Angst des Bürgertums vor dem Bolschewismus, unter dem sie den Sozialismus verstehen. Vor allem hob der unabhängige Redner die ungleichmäßige Behandlung der Demonstranten durch die Polizei hervor. Am Sonntag ging die Polizei nicht mit Gummiknüppeln vor, da handelte es sich um Ausschreitungen der nationalsozialistischen Demonstranten. Aber am Montag war es etwas anderes, da demonstrierten die Arbeiter. Da bei der Polizei von oberster Stelle der monarchistische Geist gepflegt wird, braucht man sich zu wundern, daß sich ein Teil der Beamten berufen fühlte, die Monarchisten gegen die Arbeiter zu schützen. In einem Falle soll am Montag ein Versammlungsbesucher, der von der Polizei die Durchsuchung der nationalsozialistischen Jugendliche auf Waffen verlangt hat, von Polizisten schwer mißhandelt worden sein. Der Fall müsse streng untersucht werden. Von den Beamten müsse erwartet werden, daß sie sich nicht mißbrauchen lassen.

Der Polizeidirektor Dr. Kubly bestritt entschieden, daß er jemals parteilich fahre. Wenn die Polizei am Sonntag auf dem Augustusplatz nicht mit Gummiknüppeln gearbeitet habe, so erklärt sich dies daraus, daß diese Demonstranten der vernünftigen Einwirkung der Polizei gefolgt seien. Vor dem Zentralkomitee seien die Polizisten mit Steinen beworfen und mit Stöcken geschlagen worden. Erst nach diesen Angriffen sei die Polizei vorgegangen. Eine Anzahl Beamte seien verletzt worden, es seien von Demonstranten auch Waffen abgenommen worden. Zur Bekräftigung seiner Darstellung zitierte der Polizeidirektor die freie Presse und dienstliche Berichte von Polizeibeamten. Der Polizeidirektor bestritt auch, daß einige Hundert Polizeibeamte aufgetrieben waren.

Die Unparteilichkeit des Polizeidirektors wird am besten dadurch bezeugt, daß er sich auch auf einen Zeitungsbericht der reaktionären Abendpost stütze, nach dem ein 19jähriger Mann von den Kommunisten blutig geschlagen und dann auf die Weichenbrücke geschleppt worden sei, weil er gegen einen Demonstranten das Wort Freiheit gebraucht habe. Die Kommunisten hätten versucht, den Mann in den Fluß zu werfen, was nur durch das Eingreifen der Polizei verhindert worden sei. Die Gewissenhaftigkeit des Polizeidirektors hätte Dr. Kubly verhindern müssen, den tendenziösen Bericht der Abendpost zu benutzen, solange nicht durch amtliche Untersuchung der behauptete Vorgang geklärt ist.

Am Schluß der Aussprache napelte der Rechtssozialist Reiffen die Geschäftsführung des Dr. Jund fest, der den Ausdruck Massenlächer zurückgewiesen, aber nichts dagegen einzuwenden gehabt hatte, daß Dr. Kubly von der Frau Schumann sagte, sie habe welche Mäuse gesehen. Dr. Jund erklärte, er habe in dem Ausdruck nur die Bezeichnung für eine Hebergründung gesehen.

Zu einer scharfen Auseinandersetzung über den Wert der Reglearbeit

Am 27. Oktober wurde der Rat des Stadtbaurats über die Reinigung und Unterhaltung der Straßen. Der Berichterstatter, Genosse Hoyer, hatte darauf hingewiesen, daß im Ausschuss von Dezernenten mitgeteilt worden sei, daß der Regiebetrieb billiger arbeite, als der Privatbetrieb. Das rief den achtundzwanzigjährigen Schneidermeister Kollerhoff auf den Plan, der mit vor Entzückung bebender Stimme „feststellte“, daß die Straßenpflasterung der Stadt 2,74 Mark für jeden Quadratmeter im Eigenbetrieb teurer zu stehen komme. Er müßte bald einsehen, daß es besser gewesen wäre, wenn er geschwiegen hätte, denn Genosse Hoyer konnte sofort bezeugen, daß die Asphalt-, Holz- und Pflasterarbeiten und der Schienenunterguth im Regiebetrieb um die Hälfte billiger hergestellt werden. Die Angst vor den Erfolgen des städtischen Betriebes hat die Unternehmer veranlaßt,

ihre Angebote um 40 Prozent niedriger zu stellen.

Da, sie erließen sich jetzt sogar, einen Quadratmeter Asphaltarbeiten, für den sie im vorigen Jahr

138 Mark verlangten, für 78 Mark auszuführen. Diese Herabsetzung der Unternehmerforderung ist eingetreten, trotzdem seit vorigen Jahr die Löhne gestiegen sind. Das zeigt, welche gewaltige Profite die Herren bisher eingesackt haben. Sie haben es verstanden, den alten Asphalt aufzulösen und dem neuen wieder zuzusetzen, während die Stadt bisher nur mit neuem Asphalt arbeitet und trotzdem billiger wirtschaftet.

Herr Dr. Kunath brachte es fertig, aus dem billigeren Angebot der Unternehmer zu schlussfolgern, daß die Stadt zu ihrem eigenen Vorteil den Regiebetrieb aufgeben und mit den Privatunternehmern arbeiten solle. Während Herr Sommer das billigere Angebot der Unternehmer mit dem Fall der Materialpreise erklären wollte, Genosse Hoyer betonte diese laute Ausrede sofort. Zu einem Quadratmeter Asphalt werden 2 Zentner Pulver gebraucht. Wie hoch müßte dann der Preis des Pulvers gewesen sein, wenn der Preis für zwei Zentner um 60 Mark stiege? Das verlegene Schweigen der Gegner zeigte, daß sie sich entlarvt fühlten.

Genosse Böhle erklärte unter Zustimmung der andern Ausschussmitglieder, daß der Dezernent im Ausschuss ausdrücklich erklärt habe, daß der Eigenbetrieb bedeutend billiger arbeite als der Privatbetrieb! Wenn wir den Eigenbetrieb nicht hätten, würden die Unternehmer den „Nachweis“ bringen, daß die Steigerung der Arbeitslöhne die Senkung der Materialpreise längst wettgemacht habe. Er jagte den Bürgerlichen aufs deutlichste, daß die USP im Interesse der Steuerzahler alles daran setzen wird, daß die Reglearbeit immer weiter ausgebaut wird.

Genosse Liebmann stellte vor allen Dingen Dr. Kunath gegenüber fest, daß die Unternehmerpraktiken nur zeigen, in welcher schamloser Weise die Stadt bisher von den Privatkapitalisten ausgebeutet wurde. Und Herr Börner, der eine Berechnung aufstellte, nach der in den letzten 9 Monaten des vorigen Jahres die Privatunternehmer die Arbeiten um 15 698 Mark billiger gearbeitet hätten, mußte sich von ihm sagen lassen, daß diese Berechnungen von den Unternehmern nur aufgestellt werden, um zu verhüllen, wie sehr sie sich bisher auf Kosten der Steuerzahler bereichert haben. Er war imstande, Herrn Kollerhoff sofort die schamlosen Bereicherungsversuche seiner Klassengenossen an folgendem Beispiel nachzuweisen: In einigen Schulen sind Dauerbrandausen aufgestellt worden, die

von den Privatunternehmern für 750 000 Mark veranschlagt worden sind. Unsere Parteigenossen beantragten damals die Ausführung in eigener Regie, die auch gegen den Widerstand des Bürgertums beschlossen wurde. Jetzt stellt sich heraus, daß die Oefen der Stadt

in eigener Regie nur 400 000 Mark

kosten werden!

Auch der Mehrheitssozialist Bauerfeld zeigte den Wert des Bürgertums Materials an der Erklärung des Stadtbaurats

Peters in der Ausschussführung, daß der Regiebetrieb im Umfang etwas teurer, in letzter Zeit aber zum großen Vorteil der Stadt gearbeitet habe. Das haben auch die bürgerlichen Vertreter im Ausschuss mit angehört. Trotzdem stellen die Leute Behauptungen auf, die der Wahrheit widersprechen.

Herr Stadtbaurat Peters, der Dezernent des Tiefbauamtes, sah, nachdem er erst herzugehohlt werden mußte, dabei und sagte kein Wort. Hatte der Herr nicht den Mut, zu seinen Erklärungen zu stehen, oder wollte er seinen bürgerlichen Freunden ihre plumpe Wahlmacht durch Bekanntgabe der Wahrheit nicht gefährden? Bei der gestrigen Niederlage des Bürgertums spielte er jedenfalls eine lächerliche Rolle.

Die übrige Tagesordnung.

Zu Beginn der sehr reichhaltigen Tagesordnung wurde die Eingabe von Zigarrenhändlern, ihre Läden schon um 6 Uhr früh öffnen zu dürfen, abgelehnt, da das in keinen Konsequenzen einer Verlängerung der Arbeitszeit der Angestellten führen würde.

Der Teuerungszuschlag für Weidbrotschalen wurde von 400 auf 800 Prozent, die Grundlage für Kraftbrotschalen von 70 Pfg. auf 1 Mark erhöht. Die Steigerung des Teuerungszuschlages für die Kraftbrotschalen von 800 auf 700 Prozent wurde abgelehnt. Polizeidirektor Kubly teilte ab mit, daß in nächster Zeit von den Beschäftigten 1000 Prozent Zuschlag gefordert werden.

Die Theaterentrittspreise wurden nach nochmaliger Ausschussberatung in der nun vorgeschlagenen Weise erhöht. Genosse Liebmann wies darauf hin, daß der Zuschuß die vom Rat geforderte Steigerung der dritten Ränge um 38 Prozent ablehnt und nach den Vorschlägen der USP, die beschlagnahmten Preise dieser Ränge um 1 Mark erniedrigte, dafür aber die Preise der höheren Ränge um ebensoviel erhöhte. Auf diese Weise wird die finanzielle Belastung vermindert, ja, es wird sogar ein günstigeres Resultat für die Theaterkasse herauszuspringen. Die neuen Eintrittspreise werden wir noch veröffentlichen.

Die zahlreichen Konten des Haushaltsplanes gaben u. a. Genossin Seidel Gelegenheit, zu kritisieren, daß die Freibank, statt das Fleisch an die bedürftige Bevölkerung abzugeben, es in großen Mengen bis zu 100 Mark an Galtwirte absetzt. Er verlaupte vom Rat, dort Ordnung zu schaffen und die Benachteiligung der ärmeren Bevölkerung zu unterbinden.

Beim Konto Wohlfahrtspostamt wies Genosse Klinger auf die Notwendigkeit einer scharfen Nahrungsmittelkontrolle hin, während Genosse Kreyer die Ausdehnung der Treppenreinigung forderte. Vom Ratstische wurde mitgeteilt, daß der Rat Kon eine entsprechende Anordnung getroffen habe.

Das Konto Steinbruch bei Grasdorf wurde vom Genossen Schröter erläutert, der die verschiedenen Mängel dieses Betriebes aufzählte, der durch das Fehlen einer schon längst beschlossenen Bohrmaschine und einer Sortiertrammel unrentabel arbeite und nicht imstande sei, sich um die Ausführung aller städtischen Aufträge zu bewerben. Stadtbaurat Peters entgegnete, der Steinbruch könne nicht soviel liefern, wie die Stadt brauche. Der Mangel an Wohnungen mache es unmöglich, mehr Arbeiter einzustellen. Die Maschine werde in kürzester Zeit eintreffen.

Beim Konto Park, Garten und Baumanlagen sprach der Referent Professor Herz der Verwaltung der Stadtgärtnerei die Anerkennung des Ausschusses aus. Einige Kritiken des Ausschusses veranlaßten die Mittelständler Helze und Kunath, sich gegen die Steigerung der „Luzusausgaben“ zu wenden. Herr Herz aber widersprach mit den Worten, die wir uns für die Schulberatungen merken wollen: „Bei Kulturausgaben darf niemals gespart werden!“ Der Oberbürgermeister richtete den beherrschendsten Appell an die Bevölkerung, ihre städtischen Schmuckanlagen selbst mit schützen zu helfen.

Ueber die Stadtbibliothek und die städtischen Wäckerhallen erkrankte die Genossin Thiel eingehend Bericht und führte aus, daß die zwei Wäckerhallen das Bildungsbedürfnis der Bevölkerung nicht mehr befriedigen können, daß deshalb die so geforderte dritte Wäckerhalle unbedingt errichtet werden muß. Die außerordentliche Zunahme der Schulbücher muß dazu führen, daß städtische Jugendbibliotheken für 10- bis 14jährige geschaffen werden.

Stadtrat Lampe, der Dezernent für die Wäckerhallen, verliest sich der eindringlichen Ausführungen der Genossin Thiel gegenüber völlig hilflos. Erkennt er diese Kulturforderungen nicht als berechtigt an?

Die Aussprache über Güter in Eigenbewirtschaftung mußte wegen der vorgerückten Zeit abgelehnt werden, umal sich an die öffentliche noch eine nichtöffentliche Sitzung schloß.

Blaue Stimmzetteln für Männer und orline für Frauen bei den Stadtverordneten-Wahlen.

Der Rat teilt mit: Bei der Stadtverordnetenwahl werden für Männer und Frauen Stimmzetteln von verschiedener Farbe verwendet, und zwar blaue Umschläge für Männer und orline Umschläge für Frauen. Der Wahlvorsteher hat bei der Abnahme der Stimmzetteln Umschläge darauf zu achten, daß der von jedem Wähler abgegebene Umschlag von der für das Geschlecht des Wählers vorgeschriebenen Farbe ist. Andernfalls ist der Umschlag zurückzuweisen. Die Umschläge sind bei der Feststellung des Wahlergebnisses nach Geschlechtern getrennt zu zählen. Der Wähler öffnet zunächst die von den männlichen Wählern abgegebenen Umschläge, nimmt die Stimmzettel heraus und übergibt sie dem Wahlvorsteher der sie laut vorliest und nicht den Umschlägen einem andern Wähler zur Aufbewahrung übergibt. Sodann ist mit den von den weiblichen Wählern abgegebenen Umschlägen in der gleichen Weise zu verfahren. Die von den Männern und die von den Frauen abgegebenen Stimmen sind in der Niederschrift und in der Genossinliste getrennt aufzuzeichnen. Das Ergebnis der Abstimmung ist für die Geschlechter getrennt festzustellen. Alle Stimmzettel und Umschläge, die nicht der Niederschrift beiliegen sind, hat der Wahlvorsteher getrennt nach Geschlechtern in Papier einzuschlagen, zu verschließen, mit der Aufschrift des Wahlbezirks zu versehen und dem Rate (Wahlamt) zu übergeben, der sie verwahrt, bis die Wahl für gültig erklärt worden ist oder Neuwahlen angeordnet sind.

Wie die Kommunisten den Klassenkampf führen, zeigen die Sonderzettel, mit denen sie zu einer heute in Döllitz stattfindenden Versammlung einladen. Sie fordern nicht etwa das Bürgertum, sondern die ortsansässigen Führer der SPD., USPD, und der Gewerkschaften auf, in der Versammlung zu erscheinen. Da die Versammlungen der Kommunisten an Langweiligkeit und an innerem Parteistreit zugrunde gehen, hoffen die kommunistischen Propagandisten, daß die organisierte Arbeiterschaft die Versammlungen dieser Krakeeler interessant machen. Diese Spekulation wird aber verfehlt sein. Wenn die Kommunisten vor den Arbeitern der USP sprechen wollen, dann können sie in untre Versammlungen kommen, wo sie ordentlich bedient werden. Im übrigen empfehlen wir den sozialistischen Arbeitern, jetzt lieber Wahrheit zu leisten und die paar Kommunisten in ihren Versammlungen unter sich zu lassen.

Städtisches Volksbildungsamt. Die Stadtverordneten haben in ihrer nichtöffentlichen Sitzung vom 19. Oktober d. J. über die Frage der Angliederung des geplanten städtischen Volksbildungsamts an die städtischen Wäckerhallen beraten. Nach einem Vorschlag des Rates sollte von dem Amt, dem man ursprünglich einen umfassenden Wirkungsbereich zugebacht hatte, nur diese Anglie-

derung für sich selbst, was nach dem Urteil Sachverständiger ungenügend die beste Lösung der Frage sei. Die Stadtverordneten haben den Ratobeschluss jedoch abgelehnt. Sie wünschen nach wie vor ein selbständiges Volksbildungsamt. Es erscheint befremdlich, daß die Ratvorlage in nichtöffentlicher Sitzung behandelt worden ist, obwohl das Volksbildungsamt die weitestgehende Öffentlichkeit interessiert. Die Gründe für die nichtöffentliche Behandlung sind darin zu suchen, daß bei den Beratungen verschiedene persönliche Angelegenheiten mit erörtert werden mußten. Es wird sich übrigens noch Gelegenheit finden, über das Volksbildungsamt in der Öffentlichkeit zu reden.

Der neue Fahrplan für die Abonnenten der Leipziger Volkszeitung und der Volkszeitung für das Müldental kommt am Freitag zum Verstand. Wir bitten sofort Bestellungen bei den Austrägerinnen und den Filialen aufzugeben. Der Preis beträgt nur 1 Mt.

Die Leipziger Messe und die Jugos. Auf Grund einer Vereinbarung, die zwischen der „Jugos“ (Vereinigung für die Stuttgarter Juweliers, Uhren-, Gold- und Silberwaren-Messen G. W.) und der Leipziger Messe getroffen wurde, ist der Termin für die Frühjahrsveranstaltung der Jugos so gelegt worden, daß die Aussteller und Einkäufer des Edelmetallgewerbes sowohl an der Jugos wie an der Leipziger Messe teilnehmen können. Die Frühjahrs-Jugos-Edelmessen 1922 wird nämlich in Stuttgart vom 14.-20. März abgehalten, während die Leipziger Frühjahrsmesse vom 5.-12. März stattfindet.

Sprengungen auf dem Vindenhäuser Exerzierplatz. Am Freitag, dem 28. Oktober, finden auf dem Vindenhäuser Exerzierplatz in der Zeit von 8-11 Uhr vormittags durch die Landespolizei Sprengungen von unbrauchbarer Munition usw. statt. Auf das Verbot des Betretens des Platzes wird besonders hingewiesen.

Die neuen Schneiderpreise. Leipzigs Schneider haben ihren Tarif erhöht, die Neuregelung der Mindest-Anfertigungspreise für Klebungsstücke nach Maß bei abgerechneten Stoffen und Lieferung der Zutaten durch den Schneider ergibt nach den Beschlüssen der Schneiderinnung und des Arbeitgeberverbandes folgendes Bild (die eingeklammerten Zahlen bedeuten die vorgekommenen Preis-erhöhungen):

Es kosten von jetzt ab der Saffoanzug in 4 Klassen 1000 bis 1600 Mt. (vorgenommene Erhöhung in allen 4 Klassen je 200 Mt.), Saffo einreihig 630-875 (165-220), Saffo zweireihig 680-1025 (145-235), Weste 175-300 (50-75), Hose 195-325 (65-70), Rodjackett 630-1050 (180-200), Sommerberzieher 675-1150 (100-200), Winterberzieher 775-1300 (100-200), Gehrock mit Spiegel 850-1300 (100-225). Das Wenden mit Stopfen ohne Futterzutaten kostet von jetzt ab in 4 Klassen, der Saffoanzug 950-1350 (vorgenommene Erhöhung 280-380 Mt.), Saffo einreihig 570-760 (160-195), Saffo zweireihig 600-800 (180 bis 215), Hose 205-320 (60-85), Weste 175-250 (65-80), Rodjackett 600-800 (175-210), Winterberzieher 680-880 (205 bis 240), Sommerberzieher 650-850 (190-230), Gehrock 700-925 (200-240).

Portoerhöhung für Auslandsparcels. Infolge der Verschlechterung des deutschen Marktkurses und der dadurch bedingten bedeutenden Erhöhung der an das Ausland zu verzehrenden Beförderungsgebühren stellt sich die Postverwaltung zur Verhütung von empfindlichen Verlusten gezwungen, vom 1. November d. J. an die Gewicht- und Versicherungsgebühren im Auslandsparcelsverkehr wieder zu erhöhen und nach dem Verhältnis von 1 Goldfrank = 20 Mt. (gegenwärtig 16 Mt.) zu erheben. Dieses Umrechnungsverhältnis ist auch für die Wertangabe auf Briefen und Kästchen mit Wertangabe und auf Paketen nach dem Auslande maßgebend. Ueber die Einzelheiten erteilen die Postanstalten Auskunft.

Die Personen-, Gepäck- und Expreßgattarife werden im Bereich der deutschen Eisenbahn erhöht. Die Erhöhungen betragen im allgemeinen Personenverkehr 30 v. H. und im Gepäckverkehr, mit Ausnahme der Zone I, rund 9 v. H. Im Expreßgüterverkehr wird der Einheitsfuß für 10 Kilogramm und 1 Kilometer von 3,6 Pfg. auf 4,8 Pfg. und die Mindestfracht von 3 Mt. auf 4 Mt. erhöht. Die Erhöhungen treten im Personen- und Gepäckverkehr am 1. Dezember 1921 und im Expreßgüterverkehr bereits am 1. November 1921 in Kraft.

Sternabend. 10. Volksschule, Täuschchenweg 2, Freitag, den 28. Oktober, 1/2 8 Uhr: Ueber Kinderarbeit: Schuldirektor Heymann. Der sozialistische Studentenbund an der Universität Leipzig hält morgen in Schillers Restaurant (Kramerstraße 5, am Königplatz) seine konstituierende Sitzung für das Wintersemester ab. Erscheinen aller Mitglieder erwünscht. Sämtliche sozialistischen Studenten willkommen!

Naturkundliches Heimatmuseum, Tröndelring 1 (Gewerbeausstellung). Freitag, abends 1/2 8 Uhr, erfolgt die letzte Führung der Schauammlung über die heimatische Eiszeit: Der Mensch und seine Herkunft (M. G. I.). Eintritt frei.

Lebensmittelkatalog für Freitag, den 28. Oktober. Für Haushaltungen.

Ausgabe Hammelfleisch (gute Qualität) für Kriegsbeschädigte und Kriegsinvalide auf sämtliche vom Ortoamt für Kriegsernährung ausgesetzte Beausarten: Buchstaben T-V von 9-3 Uhr auf dem Schlachthof gegenüber dem Schauamt II, rechts 1. Tür, 2. und 3. Stock. Es erhalten bis zu 3 Ködern 2 Pfund, 3 und mehr Köpfe 3 Pfund Fleisch. Papier mitbringen!

2 Zentner Preislos werden bei der Firma Georga Berner in Pelagia-Gohlis, Kellereibahnweg, am Chausseebau, auf die Güteprobe des Ortoamtes für Kriegsernährung abgeben und zwar auf Schein-Nr. 3901-3950 von 12-12 Uhr vormittags und Nr. 3951 bis 4000 von 1-4 Uhr nachmittags. Die Preislos für müssen am genannten Tage unbedingt abgeholt werden, andernfalls sie verfallen.

Achtung, Erwerbslose und Kurzarbeiter! Es ist uns gelungen, Napfrohsteine zum Preise von 11 Mt. für 50 Stück (also 1 Zentner) zu beschaffen. Um nun eine pünktliche Belieferung der verschiedenen Ausgabestellen sicherzustellen, sind Guttscheine sofort in der Geschäftsstelle, Gerberstr. 2, einzulösen, da die ersten Ladungen voraussichtlich schon nächste Woche eintreffen. Die Ausgabestellen werden noch bekanntgegeben. Ferner sind umgehend Briefmarktscheine der von der Ortsstellenstelle freigegebenen Marken einzulösen. Der Arbeitslosenrat.

Aus der Umgebung.

Sozialdemokratischer Volksverein u. S. P. Wurzen-Grimma-Dschag.

Sonnabend, den 28. Oktober 1921, nachmittags 5 Uhr, findet im Bärenrestaurant in Wurzen, Bahnhofstraße, eine wichtige Gemeindevertreter- u. Funktionärversammlung der U.S.P.

für die Ortsgruppen Wurzen, Bennewitz, Deuben, Altenbach, Schmölen, Büschig-Büchau, Nischwitz, Thallwitz, Büschig-Collena, Wahnitz, Großschöps, Hohburg, Wipfitz, Thammehain, Zschorna, Dornewitz, Köhlig, Reut, Dohnitz, Nischka, Borsdorf, Gerichshain, Malsch, Wermsdorf und Dahlen statt.

Zu dieser Versammlung werden alle rednerisch befähigten Genossen und Genossinnen, die Ortsgruppenleiter und Gemeindevertreter der angegebenen Ortsgruppen eingeladen. Jede Ortsgruppe muß vertreten sein. Wo weibliche Mitglieder vorhanden sind, muß außerdem eine Genossin delegiert werden.

Tagesordnung: Die Durchführung der Gemeindevahlen. Redner: Genosse W u d e r - Wurzen. Starke Beteiligung erwartet. Der Kreisvorstand.

Q Großstädt. Aus dem Gemeinderate: Die Gemeinde-Lohnentziehung 1921/22 ist nach Prüfung richtig gesprochen worden. Die hiesige Gemeinderatswahl findet am 27. November, von 10 bis 6 Uhr, im Gasthof zum Fiedrich statt. Wahllokale sind die der Gemeindevorstand, Stellvertreter der Gemeindeleiter Herr Schumacher, als Stellvertreter sind die Herren Baurlegel, Döbel, Dolaniller, Ad. Leichter, Herrn Taubert und Bolat bestimmt worden. Die Karten liegen vom 5 bis 13. November im Gemeindevorstand aus. Wahlvorschriften sind bis 12. November einzulösen.

1. Ankauf. Gemeinderat. Der Nacht-Ertrag aus Gemeinde-Grundstücken beträgt 5073 Mt. Als Erlahmann für den Gemeindevorstand wurde Herr Lehrer Hoppe gewählt. Wegen Anpflanzung von Obstbäumen an Straßen und Plätzen wird Ober-Diätarier Kiegl bestellt. Einem Schank-Konzessionsgesuch des Herrn Döwrlis wurde zugestimmt. Die Gemeinde beschließt, dem Gemeinde-Revisions-Vorstande beizutreten. Wegen Beschaffung verbilligter Kartoffeln für Kinderbewilligte soll mit hiesigen Erzeugern verhandelt werden. Die Gemeinderatswahl wird auf den 20. November verlegt. Wenn die Amtshauptmannschaft für Frauen andersfarbige Wahl-Umschläge liefert, sollen diese in Anwendung kommen.

Landau. Die nächste Sitzung des Stadtgemeinderates findet Freitag, den 28. Oktober 1921, abends 1/2 8 Uhr statt. Auf der Tagesordnung steht u. a.: Änderungen in den Vorlagen über die Gewerbe-, Wohnungszulassung-, Vergütungs-, Jagdabgabe-, Vorkontroll-, Beschlüsse über die Wahlen der Stadtverordneten, Lohn- und Arbeitszulagen von hiesigen Arbeitern und Arbeiterinnen, Erlahm für den Schulausschuss an Stelle der Frau Bahja. Eintragung der Schulkasse. Erhöhung der Berufsgebühren im Stadtfrankenhaus.

Deiß-Marktzechen. Die Wählerlisten zur Gemeinderatswahl liegen vom 28. Oktober an acht Tage lang aus. Es ist Pflicht aller Wähler und Wählerinnen, die Listen nachzulesen. Die Wahl findet am 13. November statt.

Sächsische Angelegenheiten.

Deutschnationaler Industrienausschuss.

In einer Zusammenkunft deutschnationaler Politiker, die dieser Tage im Ständehaus in Dresden stattfand, hat sich ein „Arbeitsausschuss deutschnationaler Industrieller“ gebildet. Hauptmacher waren der Reichstagsabgeordnete Dr. Reichert und der Dresdener Rechtsanwalt Dr. Philipp. Den Vorsitz führte der frühere Landtagsabgeordnete Lehning, der die Tagung mit einigen Worten über die „Wirtschaft des Kapitals dem Volksganzen gegenüber“ einleitete. Die wahren Absichten entschleierten die zwar sehr vorsichtigen aber nichtsdemotomiger jedes Mißverständnisses ausschließenden Reserven der Herren Dr. Philipp und Dr. Reichert. Danach kommt es dem Ausschuss in der Hauptsache auf Erhaltung der sächsischen Weltanbahnung und des Kapitals an. Nicht minder liegt aber Herrn Reichert am Herzen, daß die Befestigung des Kapitals von allen finanziellen Verpflichtungen erhalten bleibt. Er unterstrich das schonhaft, indem er bei der geplanten Kreditaktion der Industrie für die Reparationsleistungen völlige Freiheit forderte. Das heißt mit andern Worten: Die Industriellen lehnen die gesellschaftlichen Leistungen für den Staat ab. Sie wollen „freiwillig“ etwas tun, selbstverständlich nur dann, wenn sie dabei noch ein besonderes Geschäft machen können. Ein Vertreter der christlich-nationalen Arbeiterschaft betonte, daß ihn diese Grundhaltung mit großer Genugtuung erfüllte, ein Zeichen für die unübertreffliche „Selbstlosigkeit“ dieser sogenannten Arbeiterorganisationen.

In den Vorstand des Ausschusses wurden gewählt: Fabrikdirektor Max Lehning, Fabrikdirektor Ernst Burger, Bergdirektor Eckardt, M. d. L., Bergdirektor Dr. Buh aus Dörsch, Fabrikdirektor Max Kossuth, Fabrikbesitzer Willi Großmann-Berrmann, Fabrikdirektor Unger, Zwickau, Ingenieur Meert, Fabrikbesitzer Bergmann, Waldheim, und Fabrikbesitzer Fischer aus Großsch. bei Leipzig.

Erweiterung der Landeskulturkassenbank.

Dem Landtag ist von der Regierung jetzt der Entwurf eines Gesetzes über die Erweiterung der Landeskulturkassenbank zugegangen. Danach wird die Landeskulturkassenbank ermächtigt, a) zur Errichtung und zum Ausbau von Wirtschaften und Wohnheimstätten; b) zur Schaffung und zur Hebung landwirtschaftlicher Kleinbetriebe bis zur Größe einer selbstständigen Udenahrung Darlehen zu gewähren, sogenannte Siedlungsdarlehen. Das Finanzministerium legt im Einvernehmen mit dem Wirtschafts- und Innenministerium anlässlich den Höchstbetrag fest, bis zu dem derartige Darlehen bewilligt werden können. Die Siedlungsdarlehen dürfen die Hälfte des dauernden Ertragswertes des Grundstücks nicht übersteigen. Die Darlehen werden gewährt a) beim Erwerb landwirtschaftlicher oder gärtnerischer Grundstücke einschließlich Gebäude; b) bei Errichtung von Gebäuden, die landwirtschaftlichen oder gärtnerischen Zwecken dienen, wenn der Antragsteller seit mehr als 5 Jahren landwirtschaftlich oder gärtnerisch tätig gewesen ist. Hat der Erwerber eines landwirtschaftlichen Grundstücks beim Erwerb als Entgelt den bisherigen Pachtzins, oder hat der Erwerber einer Heimgärtnerei bei Umwandlung des Erbbaurechts in Eigentum den bisherigen Erbbauzins als Realzins zugunsten des Veräußerers auf das Grundstück übernommen, so kann der Veräußerer die Hälfte der Realzins durch die Landeskulturkassenbank beantragen. Bei Bemessung der Ablösungssumme ist der abzulösende Realzinsanteil nach 4 Proz. zu kapitalisieren. Auf Antrag kann die jährliche Tilgung bis zu 1/2 v. H. der Darlehenssumme herabgesetzt werden. Die Gewährung der Siedlungsdarlehen ist bei der Landes-Siedlungsgesellschaft „Sächsisches Heim“ zu beantragen. Die Auszahlung der Darlehen erfolgt nach Fertigstellung der Gebäude. Die Landeskulturkassenbank ist jedoch ermächtigt, bei Beilegung von herzustellenden Gebäuden auf Verlangen schon vor Fertigstellung der Gebäude Vorläufe in Landeskulturkassenkassen zu leisten, sofern die Landes-Siedlungsgesellschaft Bürgschaft übernimmt.

Kleinrentnerbeihilfe.

Die Nachrichtenstelle in der Staatskanzlei teilt mit: Bei der Prüfung der Anträge auf die Bewilligung der Kleinrentnerbeihilfe sind verschiedentlich Antragssteller deswegen abgewiesen worden, weil sich unter ihrem Einkommen Altersrenten befanden, die durch Kapitaleinzahlung, insbesondere bei der Sächsischen Altersrentenkasse, oder der Sächsischen Rentenversicherungsanstalt gewonnen waren. Das Ministerium des Innern hat daher bestimmt, daß diese Antragssteller, sofern ihre persönlichen Verhältnisse im übrigen der Verordnung vom 28. August entsprechen, keineswegs von der Beihilfe ausgeschlossen sein sollen. Eine solche Rente muß zwar dem laufenden Einkommen hinzugezählt werden, bleibt dieses aber mit Einschluß der Rente unter der vorgeschriebenen Höchstgrenze, so ist eine Berücksichtigung bei der Beihilfe möglich. Antragsteller, die aus dem erwähnten Grunde zurückgewiesen worden sind, oder hierauf noch berücksichtigt werden wollen, können den Anspruch noch bis 28. d. M. bei den Gemeindebehörden anbringen.

Wählerliste und Gemeindevahlen.

Von der Nachrichtenstelle der Staatskanzlei wird berichtet: Anfragen von Gemeinden anlässlich der Vorbereitung der Gemeindevahlen lassen erkennen, daß Klarheit darüber erwünscht ist, ob künftig für Reichs- und Landesparlamente die Wählerliste, wie bisher, in zwei Stufen oder nur in einem Stück aufzustellen sein wird. Die Vorarbeit in § 4 Abs. 3 der ersten Reichswahlordnung vom 1. Mai 1920, daß die Wählerliste oder Wahlpartei in zwei Stücken aufzustellen sind, ist in die neue Reichswahlordnung vom 21. Dezember 1920 (RGV Seite 2171) und in die Verordnung über die Wahl der Reichspräsidenten vom 25. Oktober 1920 (RGV Seite 1780) nicht mit übernommen worden. Für künftige Reichswahlen sind demnach die Wahlunterlagen nur in einem Stück aufzustellen. In der sächsischen Landeswahlordnung vom 4. September 1920 (§ 4 Abs. 3) heißt zwar die obige Vorschrift noch. Da aber die sächsischen Wahlvorschriften von dem Gedanken getragen sind, daß dem Reichswahlrecht möglichst anzupassen, kann damit gerechnet

werden, daß das Gesamtministerium vor einer neuen Landeswahl die Vorschrift aufhebt, so daß dann die Wählerliste und Wahlpartei auch für die Landtagswahl nur in einem Stück erforderlich sein werden.

Zwickau. In den städtischen Volksschulen soll in nächster Zeit mit der Einführung des orthopädischen Turnens für die an Wirbelsäulenverkrümmung leidenden Kinder begonnen werden. Der städtische Friedrichs-Ausschuss hat dem Rat vorgeschlagen, künstlich den Einheitsatz mit einer einheitlichen Ergausrüstung bei Weerdigungen einzuführen. Die unter finanzieller Beteiligung der freien Gewerkschaften in Zwickau gegründete soziale Bauhütte, eine Genossenschaft, hatte an dem Rat der Stadt das Ersuchen gerichtet, sich an der Genossenschaft mit 200 000 Mt. Anteil zu beteiligen. Die städtischen Ausschüsse haben dem Rat empfohlen, das Gesuch abzulehnen, da hierin der erste Schritt zur Sozialisierung des Bauwesens zu erblicken sei.

Aue. Die Stadtverordneten haben die Kosten für die Errichtung einer Gasferndruckanlage zur Versorgung der Gasabnehmer von Lebnitz in Höhe von 80 000 Mt. und die Erhöhung des Preises für elektrischen Strom zu Beleuchtungszwecken von 3 auf 4 Mt. und auf 2,20 Mt. für Kraft, auch die des Gaspreises von 1,00 auf 1,90 Mt. genehmigt. Ebenso haben sie der Wohnungssteuernsteuer zugestimmt.

Marienberg. Von den städtischen Kollegien ist der Haushaltsplan der Stadt für 1921/22 beraten und genehmigt worden, der einen Höchstbetrag von 1 118 000 Mt. aufweist, wofür jede Deckung fehlt. Die Grundsteuer ist für die erste Hälfte des Rechnungsjahres auf 1 Mt., für die zweite Hälfte auf 2 Mt. festgesetzt worden. Zugestimmt worden ist der Erhöhung der Gaspreise um 50 Pfg., auf 2,25 Mt. pro Kubikmeter. Das städtische Kinderheim wird aus finanziellen Gründen Ende Oktober geschlossen.

Bad Schandau. Vor einiger Zeit hat man bei Wendischschäfere-Proffen mit der Verwirklichung eines schon lange vor dem Krieg angestrebten Projekts begonnen und zwar mit dem Bau eines Elisabethhafens, der namentlich der Oberelbschiffahrt Schutz gegen Hochwasser und Sturm gewähren soll. Die Hafensfläche, die im Süden und Osten durch einen Hochwasserdamm begrenzt wird, ist etwa 40 000 Quadratmeter groß und wird 100 Schiffen zu je 600 Tonnen Tragkraft Aufnahme gewähren. Durch den Bau, der voraussichtlich mehrere Jahre in Anspruch nehmen wird, ist einer großen Zahl von Arbeitern und Arbeitlosen anhaltende Arbeitsgelegenheit geboten.

Plauen i. V. Interessante Submissionsofferten sind bei der Ausschreibung von Schleusen- und Maurerarbeiten für die Stillmauer zum Umbau unseres Hauptbahnhofes festgesetzt worden. Von den eingelaufenen 13 Angeboten betrug die höchste, von einer Chemnitzer Firma eingereichte Forderung 1 067 544,50 Mt., während das niedrigste Angebot einer Leipziger Firma sich mit 558 878,70 Mt., also weniger als der Hälfte der Höchstforderung, begnügte.

Riesberg. Die Stadtverordneten haben beschlossen, bei der nächsten Stadtverordnetenwahl die Wahlsäumigen öffentlich bekanntzumachen.

Leubnitz b. Verdaun. Der Gemeinderat hat die Einkführung der unentgeltlichen Totenbestattung grundsätzlich beschlossen.

Gewerkschaftsbewegung.

Akademiker als Gegner der modernen Gewerkschaftsbewegung.

Die im christlich-nationalen Lager stehende „Ständesorganisation“ der technischen Hochschüler, der „Bund der angestellten Chemiker und Ingenieure“ (Bund), hielt am Montag, dem 24. Oktober, im Richterhaus der Hauptbahnhofs-Gewerkschaft eine Versammlung ab, in der der Verbandsgeschäftsführer Dr. Wilde-Berlin über das Thema: Der angestellte naturwissenschaftlich-technische Akademiker und sein Verhältnis zu den gegenwärtigen sozialen und wirtschaftlichen Fragen sprach oder richtiger sprechen sollte. Der Redner ging in keinen Kundenlangen Ausführungen nämlich auf die großen gegenwärtigen sozialen und wirtschaftlichen Fragen gar nicht ein, sondern beschäftigte sich lediglich mit der Neugestaltung des Arbeitsrechts und spielte in der „Erkenntnis“, daß der technische Akademiker, getragen von seinem Standesgefühl, sich zwar um die wirtschaftlichen Vorgänge kümmern, jedoch keine speziellen „Standesforderungen“ und gesellschaftlichen „Privilegien“ durch eine „Standesgewerkschaft“ und nicht in Gemeinschaft mit der freigewerkschaftlichen Technik- und Arbeitererschaft vertreten müsse.

Vom „Bund der technischen Angestellten und Beamten“ (Bund) traten die Kollegen Nafst und Gaubauer Müller diesen wahrhaft reaktionären Anschauungen entgegen und verteidigten den freigewerkschaftlichen Standpunkt. Sie konnten auf die Proletarisierung auch gerade der Akademiker hinweisen, die unaufhaltsam vorwärts schreitet. Dieser Proletarisierung sei nur mit gleicher Richtung wirkenden antikapitalistischen Kreisen der Bevölkerung, das heißt den freigewerkschaftlichen Organisations zusammengefaßten Arbeitnehmern entgegenzuwirken bezweckt, daß die Ueberwindung dieser Wirtschaftsform angeht.

Welche Bund-Redner hatten es leicht, an Hand der Ausführungen des Referenten zu beweisen, wie wenig in Akademikerkreisen die Zeichen der Zeit verstanden werden und wie leicht geistig gekulte Leute bei solchen Gedankengängen trotz ihrer hohen Bildung nicht Führer, sondern Geführte sind.

Damit in die ersten Auseinandersetzungen zwischen freigewerkschaftlicher und christlich-nationaler Auffassung auch die nötige Heterkeit gebracht wurde, gab sich Herr Frenkel vom G. d. U. alle Mühe, noch lächerlicher zu wirken, als in der Versammlung der unorganisierten Techniker, über die wir schon berichteten. Das Referat und das Schlusswort des Herrn Dr. Wilde zeigten, auf welchem geistigem Niveau sich heute leider noch viele Akademiker bewegen.

Reichsbetriebsratskongress der Metallarbeiter.

Auf dem Verbandstag der Metallarbeiter in Jena war die Einberufung eines Reichsbetriebsratskongresses durch den Deutschen Metallarbeiterverband angekündigt worden. Dieser Kongress findet nunmehr am 5. Dezember in Leipzig statt. Die Tagesordnung ist wie folgt festgesetzt:

1. Wirtschaftsfragen:
 - a) Weltwirtschaft. Referent: Dr. Otto Bauer-Wien.
 - b) Die deutsche Wirtschaft. Referent: Dr. Rud. Hilferding-Berlin.
 - c) Kohle und Eisen. Referent: Otto Hue-Essen.
 - d) Sozialisierung und Konverne. Referent: Dr. Einsteinstuttgart.
2. Aufgaben und Bildung der Betriebsräte. Referenten: Robert Dismann und Engelbert Graf-Stuttgart.

Zu wählen sind 50 Delegierte und wahlberechtigt und wählbar sind nur aktiv tätige Betriebsräte. Das nähere Wahlsreglement wird noch bekanntgegeben.

Mitgliederversammlung der Leipziger Transportarbeiter.

In der am 24. Oktober im Volkshaus abgehaltenen Versammlung sollte sich der Gauleiter Kollege Sängerklaus über die in der Broschüre: Arbeiterführer als Verriiter erhobenen Angriffe rechtfertigen. Genosse Lieberach vom Metallarbeiterverband, der seinerzeit die Geheimtaten der Kriegsamtstelle mit aufdeckte, hielt ein einleitendes Referat. Er beschäftigte sich weniger mit der Person Sängerklaus, als mit den Dingen im allgemeinen. Er konstatierte die in der Broschüre erwähnten Taten der Gewerkschaftsführer als einen Ausfluß der mehrheitssozialistischen Durch-

halle- und Bürgerlebenspolitik. Seine Ausführungen endeten mit dem Appell, das gegenwärtige System in den Gewerkschaften zu beenden und neue Wege zu gehen.

Nunmehr erhielt Kollege Sängler das Wort, fand aber in dem einflussreichen Tumult zunächst kein Gehör. Erst als einige besonnenere Kollegen zur Ruhe mahnten, konnte die Versammlung ihren Fortgang nehmen. Sängler schilderte die Vorgänge, die den vorgehenden Tagen zugrunde lagen und versuchte, den Beweis zu erbringen, daß seine Handlungsweise durch die Umstände tatsächlich geboten war.

Die Diskussion brachte keine neuen Momente und ein bald eingetragener Schlußantrag wurde angenommen. Sängler konnte sein Schlußwort nicht halten, da man ihn nicht mehr zu Wort kommen ließ. Eine Entschädigung, die wiederholt den Ausschluß Sänglers forderte, wurde gegen eine geringe Minderheit angenommen.

Neue Löhne im Einzelhandel.

Am Dienstag, dem 25. Oktober, wurden die Tarifverhandlungen mit dem Einzelhandel zu Ende geführt. Es ist uns dabei gelungen, den Mantelstarke unter Dach und Fach zu bringen. Gleichzeitig wurde, in Anbetracht der außerordentlichen Preissteigerung, beschlossen, ab 1. November eine weitere Erhöhung der Löhne einzutreten zu lassen.

Table with 3 columns: Lohnklasse, für männliche, für weibliche. Rows include categories like 'bis 18 Jahre', '18-19', '19-21', '21-24', 'über 24', 'Verheirathetenzulage', 'Kinderzulage'.

Ein Verheiratheter mit 3 Kindern 365 (300) Mark. Die eingeklammerten Zahlen nennen die bisherigen Löhne. Die erstmalige Auszahlung erfolgt am Freitag, dem 4. November für die vom 1. Oktober bis 31. November laufende Lohnwoche.

Deutscher Transportarbeiter-Verband. Verwaltungsgesellschaft Leipzig.

Die Beamten zur Teuerung.

Der Hauptausschuß des Orts-Kartells Leipzig des Deutschen Beamten-Bunds — die Vertretung von rund 20 000 Beamten durch die Führer sämtlicher hiesigen Beamtenorganisationen — nahm in seiner am 25. d. Mts. abgehaltenen Sitzung eingehend Stellung zur wirtschaftlichen Notlage der Beamenschaft.

Sportkartell.

1. deutsches Arbeiterturn- und Sportfest in Leipzig.

In den Tagen vom 22. bis 26. Juli nächsten Jahres findet in Leipzig das 1. deutsche Arbeiterturn- und Sportfest (Bundesfest des Arbeiter-Turn- und Sportbundes) statt. Es soll die erste große zentrale Veranstaltung der deutschen Arbeiterportler werden.

Der Gedanke der Körperkultur in der deutschen Arbeiterkategorie allein will der moderne Arbeiter sein, nicht mehr Aktivist, das auf seinem starken Rücken die Bürde trägt, die ihn von den Reichen des Kapitals aufwertet wird.

Von allen diesen hohen Eigenschaften und Idealen sollen die Leipziger Festtage ein glänzendes Zeugnis geben. Hunderttausende begeisteter Anfänger wollen hier zusammenkommen, um durch die Tat zu demonstrieren.

Das Fest findet auf dem neuerrichteten Sportgelände in der ehemaligen Mecklenburger Allee statt. Kraft sämtliche Mecklenburger werden der Veranstaltung, ausreichende Transportmittel werden zur Verfügung gestellt.

In der Gewissheit, daß die Leipziger Arbeiterkategorie alles freudig tun wird, um dem 1. deutschen Arbeiterturn- und Sportfest zu ihrem glänzenden Gelingen zu verhelfen, gehen wir an unsere weitere Aufgabe. Möge auch unser Fest den Ruhm der deutschen Arbeiterbewegung mehren.

Hundertschaft. Am Sonntag, dem 20. Oktober, abends 8 Uhr findet in der Turnhalle, Oberstr. 1, Turnhalle, ein äußerst wichtiger Vortrag von Prof. Dr. v. Troeltsch, über: Die Bedeutung der Religionsgeschichte für die Gegenwart.

durch ihre Führer unverhohlen zum Ausdruck gebracht und fand ihren Niederschlag in folgenden Beschlüssen:

- 1. Die Landesgruppe Sachsen des Deutschen Beamten-Bunds wird veranlaßt, sofort einen Vertreter aller Ortsgruppen-Vorsitzenden Sachsen einzuberufen, um Stellung zur wirtschaftlichen Notlage der Beamten zu nehmen...

Die Landesleitung in Berlin ist zu veranlassen, alle Maßnahmen zu ergreifen, die geeignet sind, die Mitglieder für den noch zu erwartenden schwersten Kampf der Beamtenkategorie um ihre Existenz so zu stellen und vorzubereiten, daß selbst vom letzten gewerkschaftlichen Mittel, wenn es sich als unbedingt notwendig erweisen sollte, mit Erfolg Gebrauch gemacht werden kann.

Der Tapezierer-Streit erfolgreich beendet.

Die Unternehmer haben sich bereit erklärt, auf alle bestehenden Abzüge ab 15. Oktober 20 Proz., ab 12. November weitere 10 Proz. Aufzüge zu gewähren.

Neue Gehaltssteigerungen für die technischen Angestellten im Hochbau, Tiefbau- und Architekturergewerbe.

Der Bund der technischen Angestellten und Beamten hat mit den zuständigen Arbeitgeberorganisationen in Wirkung vom 1. November bis 31. Dezember 1921 neue Gehaltsvereinbarungen getroffen. Die Erhöhungen bewegen sich in Höhe von 300 Mark bis 450 Mark.

Bankgewerbe.

Der Allgemeine Verband der Deutschen Bankangestellten, Gauverbindung Sachsen-Thüringen teilt uns mit, daß er am 21. Oktober die allgemeine Verbindlichkeitsklärung der zwischen den Verzugsparitäten des Reichsstarbvertrages für das Deutsche Bankergewerbe am 10. Oktober 1921 abgeschlossenen Vereinbarung über Sondererleichterungsgulagen beantragt hat.

Internationaler Zusammenschluß der Postangestellten.

Nach den Eisenbahnern sind die Postangestellten die ersten öffentlichen Angestellten gewesen, die sich nach dem Weltkriege international formiert und in Mailand ihre Postinternationale (P.I.) gegründet haben.

Aus England: Einen Aufsatz über die Postinternationale (J. W. Bowen), einen Aufsatz über den Glödensozialismus (J. W. Bowen, London).

Aus der Schweiz: Einen organisierten Bericht über die Bewegungen der Bundesangestellten (Leon Meier, Lausanne). Aus Bulgarien: Einen Aufsatz über den Generalstreik der Postangestellten (Metoff, Sofia).

Briefkasten der Redaktion.

J. Gohlis. 1. Es handelt sich um ein Reichsgesetz, doch die Gemeindeverbände sind berechtigt, Zuschläge festzusetzen. Wie hoch diese im Anhaltischen sind und seit wann sie erhoben werden, können wir nicht wissen.

M. C. Sie können Strafantrag stellen. Nach § 200 des Strafrechtbuchs wird derjenige, der einen verschlossenen Brief oder eine andre verschlossene Urkunde, die nicht zu seiner Kenntnisnahme bestimmt ist, vorzüglich und unbefugterweise eröffnet, mit Geldstrafe bis zu 300 Mk. oder mit Gefängnis bis zu drei Monaten bestraft.

Frau M. A. Schönefeld. Nach dem Gesetz kommt der dreifache Jahresbetrag der zuletzt bezogenen Rente in Frage. Glauben Sie, im Nachteil zu sein, so stellen Sie einen Antrag an das Versorgungsamt in Leipzig.

S. Darüber kann nur entschieden werden nach genauer Kenntnis der Sachlage. Unter Umständen können Sie verurteilt werden, die Zahlungen zu leisten, besonders dann, wenn die wissenschaftlichen Bücher notwendig gebraucht wurden.

Verammlungskalender.

- Donnerstag, den 27. Oktober: Konsumverein, Drei Mohren, Anger, 7 Uhr. Naturheilverein, Marktstraße, Gute Quelle 8 Uhr.

22. November beginnt, soweit es den Teilnehmern der Anio Wurz, Werra und Jena...

Wunderfest. Voranfrage: Am Sonntag, dem 20. November, vormittags, findet eine Sitzung der Turn-, Sport- und Spielvereine zur Bildung des technischen Ortsausschusses statt.

Turnfest. Turn- und Sportvereine zur Erhaltung der Körperkultur im Arbeiterturn- und Sportfest.

Turngruppen. Sonnabend, den 20. Oktober, in der Schulturnhalle Leipzig, abends 7 Uhr, Probe der Turn- und Sportvereine zum Arbeiterturn- und Sportfest.

Turnvereine. Turn- und Sportvereine zur Erhaltung der Körperkultur im Arbeiterturn- und Sportfest.

Turngruppen. Sonnabend, den 20. Oktober, in der Schulturnhalle Leipzig, abends 7 Uhr, Probe der Turn- und Sportvereine zum Arbeiterturn- und Sportfest.

Turnvereine. Turn- und Sportvereine zur Erhaltung der Körperkultur im Arbeiterturn- und Sportfest.

Turngruppen. Sonnabend, den 20. Oktober, in der Schulturnhalle Leipzig, abends 7 Uhr, Probe der Turn- und Sportvereine zum Arbeiterturn- und Sportfest.

Turnvereine. Turn- und Sportvereine zur Erhaltung der Körperkultur im Arbeiterturn- und Sportfest.

Turngruppen. Sonnabend, den 20. Oktober, in der Schulturnhalle Leipzig, abends 7 Uhr, Probe der Turn- und Sportvereine zum Arbeiterturn- und Sportfest.

Turnvereine. Turn- und Sportvereine zur Erhaltung der Körperkultur im Arbeiterturn- und Sportfest.

Turngruppen. Sonnabend, den 20. Oktober, in der Schulturnhalle Leipzig, abends 7 Uhr, Probe der Turn- und Sportvereine zum Arbeiterturn- und Sportfest.

Turnvereine. Turn- und Sportvereine zur Erhaltung der Körperkultur im Arbeiterturn- und Sportfest.

Turngruppen. Sonnabend, den 20. Oktober, in der Schulturnhalle Leipzig, abends 7 Uhr, Probe der Turn- und Sportvereine zum Arbeiterturn- und Sportfest.

Turnvereine. Turn- und Sportvereine zur Erhaltung der Körperkultur im Arbeiterturn- und Sportfest.

Turngruppen. Sonnabend, den 20. Oktober, in der Schulturnhalle Leipzig, abends 7 Uhr, Probe der Turn- und Sportvereine zum Arbeiterturn- und Sportfest.

Turnvereine. Turn- und Sportvereine zur Erhaltung der Körperkultur im Arbeiterturn- und Sportfest.

Turngruppen. Sonnabend, den 20. Oktober, in der Schulturnhalle Leipzig, abends 7 Uhr, Probe der Turn- und Sportvereine zum Arbeiterturn- und Sportfest.

Turnvereine. Turn- und Sportvereine zur Erhaltung der Körperkultur im Arbeiterturn- und Sportfest.

Turngruppen. Sonnabend, den 20. Oktober, in der Schulturnhalle Leipzig, abends 7 Uhr, Probe der Turn- und Sportvereine zum Arbeiterturn- und Sportfest.

Turnvereine. Turn- und Sportvereine zur Erhaltung der Körperkultur im Arbeiterturn- und Sportfest.

Turngruppen. Sonnabend, den 20. Oktober, in der Schulturnhalle Leipzig, abends 7 Uhr, Probe der Turn- und Sportvereine zum Arbeiterturn- und Sportfest.

Turnvereine. Turn- und Sportvereine zur Erhaltung der Körperkultur im Arbeiterturn- und Sportfest.

Turngruppen. Sonnabend, den 20. Oktober, in der Schulturnhalle Leipzig, abends 7 Uhr, Probe der Turn- und Sportvereine zum Arbeiterturn- und Sportfest.

Turnvereine. Turn- und Sportvereine zur Erhaltung der Körperkultur im Arbeiterturn- und Sportfest.

Turnvereine. Turn- und Sportvereine zur Erhaltung der Körperkultur im Arbeiterturn- und Sportfest.

Turngruppen. Sonnabend, den 20. Oktober, in der Schulturnhalle Leipzig, abends 7 Uhr, Probe der Turn- und Sportvereine zum Arbeiterturn- und Sportfest.

Turnvereine. Turn- und Sportvereine zur Erhaltung der Körperkultur im Arbeiterturn- und Sportfest.

Turngruppen. Sonnabend, den 20. Oktober, in der Schulturnhalle Leipzig, abends 7 Uhr, Probe der Turn- und Sportvereine zum Arbeiterturn- und Sportfest.

Turnvereine. Turn- und Sportvereine zur Erhaltung der Körperkultur im Arbeiterturn- und Sportfest.

Turngruppen. Sonnabend, den 20. Oktober, in der Schulturnhalle Leipzig, abends 7 Uhr, Probe der Turn- und Sportvereine zum Arbeiterturn- und Sportfest.

Turnvereine. Turn- und Sportvereine zur Erhaltung der Körperkultur im Arbeiterturn- und Sportfest.

Turngruppen. Sonnabend, den 20. Oktober, in der Schulturnhalle Leipzig, abends 7 Uhr, Probe der Turn- und Sportvereine zum Arbeiterturn- und Sportfest.

Turnvereine. Turn- und Sportvereine zur Erhaltung der Körperkultur im Arbeiterturn- und Sportfest.

Turngruppen. Sonnabend, den 20. Oktober, in der Schulturnhalle Leipzig, abends 7 Uhr, Probe der Turn- und Sportvereine zum Arbeiterturn- und Sportfest.

Turnvereine. Turn- und Sportvereine zur Erhaltung der Körperkultur im Arbeiterturn- und Sportfest.

Turngruppen. Sonnabend, den 20. Oktober, in der Schulturnhalle Leipzig, abends 7 Uhr, Probe der Turn- und Sportvereine zum Arbeiterturn- und Sportfest.

Turnvereine. Turn- und Sportvereine zur Erhaltung der Körperkultur im Arbeiterturn- und Sportfest.

Turngruppen. Sonnabend, den 20. Oktober, in der Schulturnhalle Leipzig, abends 7 Uhr, Probe der Turn- und Sportvereine zum Arbeiterturn- und Sportfest.

Turnvereine. Turn- und Sportvereine zur Erhaltung der Körperkultur im Arbeiterturn- und Sportfest.

Turngruppen. Sonnabend, den 20. Oktober, in der Schulturnhalle Leipzig, abends 7 Uhr, Probe der Turn- und Sportvereine zum Arbeiterturn- und Sportfest.

Turnvereine. Turn- und Sportvereine zur Erhaltung der Körperkultur im Arbeiterturn- und Sportfest.

Turngruppen. Sonnabend, den 20. Oktober, in der Schulturnhalle Leipzig, abends 7 Uhr, Probe der Turn- und Sportvereine zum Arbeiterturn- und Sportfest.

Turnvereine. Turn- und Sportvereine zur Erhaltung der Körperkultur im Arbeiterturn- und Sportfest.

Turngruppen. Sonnabend, den 20. Oktober, in der Schulturnhalle Leipzig, abends 7 Uhr, Probe der Turn- und Sportvereine zum Arbeiterturn- und Sportfest.

Turnvereine. Turn- und Sportvereine zur Erhaltung der Körperkultur im Arbeiterturn- und Sportfest.

Turngruppen. Sonnabend, den 20. Oktober, in der Schulturnhalle Leipzig, abends 7 Uhr, Probe der Turn- und Sportvereine zum Arbeiterturn- und Sportfest.

Turnvereine. Turn- und Sportvereine zur Erhaltung der Körperkultur im Arbeiterturn- und Sportfest.

Turngruppen. Sonnabend, den 20. Oktober, in der Schulturnhalle Leipzig, abends 7 Uhr, Probe der Turn- und Sportvereine zum Arbeiterturn- und Sportfest.

Turnvereine. Turn- und Sportvereine zur Erhaltung der Körperkultur im Arbeiterturn- und Sportfest.

„Frühzeit“

Ein Proteten-Autobiographie.

von Maria Graj.

7) Nachdruck verboten.
Wann immer ich die Summe ist man der Herz der ganzen Welt
dachte ich. Solort schlich ich mich in die Kammer der Mutter

So machte wohl drei Uhr nachmittags sein. Fertig mit dem
Büchereiraufräumen, schickte ich mich auf die Bank und nickte langsam

Nur „Du“ hörte ich und etwas von Briefboten, Radnahme
und Schuster. Schon klangten eiserne Kräfte auf mich nieder.

Als ich aufwachte und mich umfah, war es still. Die Uhr
zeigte Viertel nach vier. Ich stand auf, pustete mich langsam ab.

Mein Entschluß war gefaßt: Ich gehel
Aber erst das Geld
Ich überlegte genau, wie ich daselbe von der Buchhalterin am

Stille ringsum.
Wenn sie mir das Geld nicht gibt? Ich sah es mit plötzlich
durchs Gehirn. Ich überlegte bereits, ob ich nicht im Wald

Die Buchhalterin des Spartassenbureaus sah mich mit
traulich an. Ich sah ganz unzufrieden drein.

So, ja, aber da mußt du dann da unterschreiben“, sagte das
Fräulein Buchhalter. „Ja, ja“, sagte ich schelmisch, „das weiß

Schnell schlüpfte ich die Hintertür hinaus.
Deni und Dinger auf. Als ich vorbeikam, sah sie mich an. Ich

Ich ging das Etyol hinunter zum Dampfschiffen. Auf dem
Weg traf ich Anna. Sie sagte: „Gehst leht?“

Erst als ich keinen Menschen mehr sah, wurde mir leichter
Ich ging entschlossener.

(Fortsetzung folgt.)

Tropenwärme auf Spitzbergen.

Freidjof Nansen über Spitzbergens früheres Klima.

ml Noch vor wenigen Jahren ein völlig menschenleeres, als
wertlos und unbewohnbar geltendes Polarland, hat die Insel
Spitzbergen neuerdings nicht nur politische, sondern auch, und zwar

ewig gefroren. Das Innere der wildzerklüfteten, von tiefen
Fjorden eingeschnittenen und sehr gebirgigen Inseln ist unter

Wie kommen aber nun in diese arktische Einöde mit ihrer jedes
höhere organische Leben unmöglich machenden Kälte Steinkohlen?
Wissen wir doch, daß die Kohlenlager der Erde die versteinerten

Man weiß, daß Spitzbergen eigentlich eine Fortsetzung der
kanadinischen Halbinsel nach Norden ist; denn es ist mit dieser

Unwillkürlich fragt man sich, welche Ursachen die großen
Klimaänderungen gehabt haben mögen, von denen uns diese ver-

And Schwankungen in der Neigung der Elliptik ebene und in
der Exzentrizität der Erdbahn wären völlig ungenügend, den

And Schwankungen in der Neigung der Elliptik ebene und in
der Exzentrizität der Erdbahn wären völlig ungenügend, den

And Schwankungen in der Neigung der Elliptik ebene und in
der Exzentrizität der Erdbahn wären völlig ungenügend, den

And Schwankungen in der Neigung der Elliptik ebene und in
der Exzentrizität der Erdbahn wären völlig ungenügend, den

Zusammenziehungen unterworfen gewesen ist. Die hierbei wirksam
gewesenen Kräfte sind so gewaltig, daß sie Gesteinsmassen vom

Kleine Chronik.

Konzerte. Margarete Peiseler-Schmuckler verstand es,
ihrem Niederabend ein hervorragend einheitliches Gepräge zu

Städtische Theater. Sonntag, den 30. Oktober, vormittags
11 Uhr, findet im Alten Theater eine rhytmisch-plastische Aufführung

Der Gaserle Del Wecho ist es gelungen, das große Triptichon
von Leonhard Sandrod, Arbeit, zur Ausstellung für Leipzig

Im Museum für Länderkunde werden die folgenden Kurse
abgehalten: Professor Bernt am 3., 10., 17., 24. November,

Leipziger Kunstverein. Die gesamte Ausstellung nordwest-
deutscher Künstler ist nunmehr zugänglich. Neben einer Anzahl

Weiß, Wahn, Wahrheit. Der in unserem Bericht vom 20. Ok-
tober besprochene plastische Film kommt erst am Freitag, dem

Männerchor Leipzig-West und Sängerverein Thonberg-Südteritz.
Sonntag, den 30. Oktober, vormittags 11 Uhr, Wiederholungs-

Das 1. Einheits-Sinfonie-Konzert mit dem Philharmonischen
Orchester im Städtischen Kaufhaus am Sonnabend, dem

Die Bevölkerungszahl der Erde. Vor mehreren Jahren wurden
Berechnungen über die Zahl aller auf Erden wohnenden

Einzelne Schriften.

Hermann Schulte-Baerling: Die Zukunft des
Reichtums und der Armut. Verlag für Experimentelle Politik.
Berlin-Treptow.

Die Politik des zweiten Kabinetts Wirth.

Mittags 4 Uhr 20 Minuten wurde die auf 12 Uhr anberaumte Sitzung durch den Präsidenten Loh eröffnet mit dem Gelübde an die von Deutschland abgetrennten Oberschlesier: Treue um Treue! Keine Macht der Erde kann durch Mittel der Gewalt Unrecht in Recht verwandeln. (Bravo! bei den Regierungspartei.) Wie trüb auch die Zukunft vor uns liegt, die deutsche Volksoberleitung, ober-schlesische Landleute, die Abgeordneten der deutschen Republik geben auch das Gelübde der Treue und dieses Gelübde wird bestehen. (Bravo!)

Hierauf werden einige geschäftliche Mitteilungen entgegengenommen, u. a. auch eine Beschwärde des kommunistischen Abg. Braß wegen der im Bureau der Kommunistischen Zentrale vorgenommenen Hausdurchsuchung.

Die Entschcheidung der Volkshafterkonferenz.

Reichskanzler Dr. Wirth: Auf besonderen Auftrag des Reichspräsidenten habe ich neben dem Kanzleramt die Geschäfte des Reichsministeriums des Auswärtigen übernommen.

Die Aufgabe, die als nächste und dringendste der neuen Regierung zur Lösung unterbreitet wurde, ist innerhalb kurzer Frist Stellung zur Entschcheidung der Volkshafterkonferenz über Oberschlesien zu nehmen und die damit verbundenen Beschlüsse durchzuführen. Im Namen der neuen Regierung erkläre ich, daß sie in der ober-schlesischen Frage mit ihrer Auffassung von der vorigen Regierung nicht abweicht, daß durch den Spruch der Volkshafterkonferenz Deutschland hartem Gewalt angesetzt wird, und auch einer Festsatzung hinsichtlich seiner Vereinbarung mit dem Verfallener Friedensvertrag nicht zustimmt. Nach unserer Auffassung verstoßen die Beschlüsse gegen den Wortlaut des Friedensvertrages. Dieser Vertrag wird auch nicht dadurch geheilt, daß die Entscheidung vom 20. Oktober sich formell als Beschluß der Hauptmächte darstellt. Diesen Standpunkt und diese Rechtsauffassung wird die neue Regierung am allerersten Nächsten in einer ihr eigenen erscheinenden Weise unverhüllt zum Ausdruck bringen und keinen Zweifel darüber lassen, daß sie die Entscheidung als gegen Vertrag und Recht verstehend erachtet. Die Entscheidung der Volkshafterkonferenz stellt Deutschland vor die Wahl, Vertreter zu entsenden und so zur Aufrechterhaltung des wirtschaftlichen Bestandes dieses zerrissenen Landes mitzuwirken, oder sich Zwangsmahrgesetz und Willkürschritten ausgesetzt zu sehen, die Oberschlesien selbst sowohl als auch unser ganzes Vaterland aufs schwerste gefährden können. Die deutsche Regierung wird zu der gebotenen Frist ihre Beschlüsse mitteilen und den Wirtschaftsverhandlungen erkennen und diesen alliierten Hauptmächten unverzüglich mitteilen. Wenn die Regierung heute in dieser dringenden Stunde die Zustimmung der deutschen Volksoberleitung erbittet, so verheißt sie sich nicht, daß durch die an Deutschland vorgenommenen Verfallenerungen die Deutschland verbleibenden Wirtschaftskräfte so vermindert werden, daß alle Berechnungen, die über die deutsche Reparation aufgestellt werden konnten, in neue und starke Zweifel gezogen werden müssen. Die ober-schlesische Entscheidung wird die Basis der Reparationen aufs schwerste erschüttern und verengern.

Nach den Berechnungen des Statistischen Reichsamts würden uns 985 000 Einwohner oder 49 Proz. verloren gehen. Seht man diese Differenz in Vergleich mit den Abstammungsergebnissen, 62 Proz. für Deutschland und 38 Proz. für Polen, so werden von der Bevölkerung noch 11 Prozent mehr von uns abgetrennt, als für Polen gestimmt haben. Mit der Abtrennung gehen uns große und blühende deutsche Städte verloren, die als Zentren deutscher Kultur in Oberschlesien gelten. Ich erwähne insbesondere Katowitz, in dem 85 Prozent aller abgegebenen Stimmen ihre Zustimmung zum deutschen Vaterlande bekundeten. Gegen 22 740 in Katowitz abgegebene deutsche Stimmen fanden nur 3500 polnische. In Königshütte haben sich 78 Prozent der abgegebenen Stimmen für das Verbleiben bei Deutschland ausgesprochen. Das Stimmenverhältnis betrug 51 864 deutsche gegen 10 764 polnische. Von 71 Steinkohlengruben fallen 49% an Polen, während nur 11% bei Deutschland bleiben. In den 61 Gruben betrug die Jahresförderung zuletzt 31 780 Millionen Tonnen. Davon fallen 24 000 Millionen an Polen. Von 60 Milliarden Tonnen Kohlenvorräte verbleiben uns etwa 5,5 Milliarden Tonnen. 90 Prozent des Kohlenvorkommens fallen an Polen. Von den uns verbleibenden 7,5 Milliarden Tonnen sind 2,5 Milliarden nicht profitabel, weil sie im Wasserfahrgebiet liegen. Von 16 in Betrieb befindlichen Zink- und Bleierzgruben verbleiben nur 4 bei Deutschland. Von der bisherigen Jahresförderung von 280 000 Tonnen verbleiben uns in Zukunft nur 39 000 Tonnen. In Bleierzgruben 5000 Tonnen gegen bisher 22 000 Tonnen. Ebenso gehen uns verloren die Blei- und Silbererze. Es wurden zuletzt jährlich 2000 Kilogramm Silber produziert, die einen Wert von 15 Millionen Goldmark darstellen. Von den 37 ober-schlesischen Gruben fallen 22 an Polen. All dieses führen die Geaner in dem Augenblick herbei, in dem wir die unter den führenden Wirtschaftspolitikern der gesamten Welt die verhängnisvollsten Folgen der bisherigen Reparationsleistungen Deutschlands zu erkennen beginnen.

Die frühere Regierung hat mehrfach in eindringlicher Weise darauf hingewiesen, daß die ober-schlesische Frage kein spezielles deutsches, sondern ein europäisches, ein weltpolitisches, weltwirtschaftliches Problem ist.

Die bisherige Regierung bekundete sich guten Willens zur Befestigung des aus Kriegsleidenschaft hervorgeronnenen Mißtrauens der Völker untereinander behaupten. Diesen Willen durch Leistungen zu bezeugen, davon wird auch die neue Regierung nicht abweichen. Die deutsche Regierung legt jedoch gegen die Rechtsverletzungen feierlich Verwahrung ein. Die neue Regierung ist zustandekommen, nicht aus dem festen und geschlossenen Willen einer Anzahl von Parteien, die an sich die große Mehrheit der Volksoberleitung bilden. Ich wurde beauftragt, die in pessimem und rauhem Handeln entlassenen Männer um mich zu sammeln, um mit ihnen die Politik durchzuführen, die ich für notwendig und richtig halte. Ich weiß sehr wohl, daß eine Anzahl von Fragen in unserer heutigen Erklärung nicht berührt werden konnten, die Ernährungslage, die Preissteigerungen, die

Bezüge der Beamten und Arbeiter, die Bezüge für Kleinrentner. Ich bitte Sie, all diese Fragen heute zurückzustellen und richte meinen Appell zu gemeinsamer Arbeit an alle Parteien dieses hohen Hauses. (Lebhafte Bravo!)

Abg. Müller-Franken (SPD.): Der Reichstagspräsident und der Kanzler haben bereits der ober-schlesischen Bevölkerung gedacht. Namens meiner Fraktion möchte ich mich dem an. Es steht einzig da, daß ein Volk zwei Jahre nach Kriegsbeendigung so auf die Folter gespannt wird, wie Deutschland in der ober-schlesischen Frage. Unsere Aufgabe wird es jetzt sein, den Deutschen in Oberschlesien zu helfen, soweit es in unsern Kräften steht. Mit einer Politik der großen Geste und der Demonstration ist bei einem wehrlosen Volk nichts getan. Unser Nationalpflicht ist, die Wahrheit zu sagen. Zwar streitet uns die Kreuzzeitung jeglichen Verständnisses für nationale Fragen ab. Das ist ein etwas merkwürdiger Dank für die Haltung der sozialdemokratischen Arbeiter in Oberschlesien. Und mit solchem Gehäbel, wie das der Kreuzzeitung, müde man uns zu, zusammenzuarbeiten! Weil wir die Wahrheit sagen, haben wir das Recht, die Entente zuzurufen, daß die ober-schlesische Entscheidung nicht mit dem Völkerecht vereinbar ist. Sie ist ein Ausfluß der Gewalt. Eine Ordnung in die europäische Volkswirtschaft kann nicht eher kommen, als bis der europäische Geist in die europäische Bevölkerung eingedrungen ist. Wir haben zu dem Kabinett Wirth das Vertrauen, daß es eine Politik der Versöhnung treiben wird. Wir danken dem Reichskanzler, daß er unter großen persönlichen Opfern das schwere Amt des Kanzlers wieder übernommen hat. Zu Experimenten ist jetzt weder Zeit noch Gelegenheit. Es kann nur eine klare Entscheidung geben. Sie muß dem Kabinett Wirth günstig sein, wenn dem deutschen Volk noch Schwereres erspart werden soll.

Abg. Wirth (Zentr.): Meiner Auffassung und der Auffassung meiner Fraktion nach muß die innerpolitische Betrachtung und die Kritik an dem letzten Kabinett zurücktreten hinter die brennendsten Fragen der Außenpolitik: Oberschlesien. Was die Genfer Entscheidung wirklich gebracht hat, das übersteigt die schmerzhaftesten Erwartungen der Oberschlesier. Unser Vertrauen ist enttäuscht worden, wir fühlen uns betrogen und von aller Welt verlassen. Der Wille der Bevölkerung hätte festgehalten werden müssen, wenn man eine gerechte Entscheidung hätte herbeiführen wollen. Diese Bedingung ist nicht erfüllt worden. Man hat sich auf die gemeindeweißen Abstimmungen berufen und hat Städte, die bis zu 86 Prozent deutsch gewählt haben, von Deutschland abgetrennt. Ich zweifle nicht, daß bei einer Abstimmung: vereint bei Deutschland oder getrennt an Polen, ein anderes Ergebnis zutage treten würde, als am 30. März. Frankreich in erster Linie hat die Schuld an der Verschärfung Oberschlesiens. Ich erhebe im Namen des ganzen Volkes feierlichen Protest gegen den Spruch von Genf. Den Oberschlesiern aber rufe ich zu: Politische Grenzen können nicht Herzen trennen!

Abg. Bergt (Dn.): Auf die erste Warnung von Genf hin hätte eine Welle der Empörung durch unser Land gehen müssen, die auch die Regierung und die Parteien mitgerissen haben müßte. Das ist nicht geschehen. Ich darf wohl feststellen, daß das im Inland und selber auch im Ausland den Eindruck erweckt hat, daß über Oberschlesien nur Resignation herrscht. Wie die Regierung darauf verzichtet hat, Führer der nationalen Bewegung zu sein, so hat sich ja auch der Reichstag selbst ausgegallert. Die letzten Tage haben nicht das Ansehen des Parlaments und des Parlamentarismus gekostet. Die Genfer Entscheidung stellt einen großen Vertragsbruch dar. Wenn wir jetzt wieder akzeptieren, auch nur in stillschweigender Form, dann freiden wir uns aus freiem Willen aus der Liste der Völker aus, die den Anspruch auf Selbstbestimmung haben. Das ungeteilte Oberschlesien ist unser vertragliches Recht. Der Reichskanzler hat Deutschland einen Vorentscheid geleistet, indem er bei einem Unterwies erklärte, daß er stets mit der Abtrennung einiger Teile Oberschlesiens von Deutschland gerechnet habe. Das heißt die Waffen selbst dem Feinde ausliefern. Eine überwältigende Mehrheit hätte sich heute finden müssen zur Ablehnung der Genfer Entscheidung und der Ernennung von Kommisaren. Wir treuen uns der geschlossenen Ablehnung der Demokraten. Unser Hoffnungs liegt einzig und allein auf einer ersten und gewissenhaften Aussprache mit unsern Gegnern. Wir werden dann unsere Entschlossenheit zur Selbstbestimmung zeigen. Das Kabinett Wirth erscheint uns nicht geneigt, diesen großen Wandel herbeizuführen. Es wird unter Wirth bei der alten Politik bleiben. Das Kabinett müßte ein völlig neues Erfüllungsprogramm aufstellen, ein Programm, das den Gegnern offen und ehrlich die wahre Situation ausliefert.

Abg. Raab (D. Sp.): Nicht scharf und oft genug kann es dem Gewissen der Deutschen der Zukunft eingeschrieben werden, daß es sich hier um einen Vorgang handelt, daß uns hier ein Diktat mit Gewalt, Brutalität und Drohung wohl ausgehungen werden kann, daß aber nimmer ein rechtliches Verhältnis aus ihm abgeleitet werden kann. (Sehr richtig! rechts.) Jedes Schuld und wird auch in Zukunft im Gedächtnis behalten, daß Oberschlesien deutsch gewesen ist, ist und sein wird. Die Entscheidung der Volkshafterkonferenz ist ein glatter Bruch des Verfallener Vertrags. Rein deutsche Gemeinden, in denen nicht eine einzige polnische Stimme abgegeben wurde, gab es 81, rein polnische Gemeinden hat es im ganzen Abstimmungsgebiet nicht eine einzige gegeben. Wir haben immer auf dem Standpunkt der Erfüllung gestanden. Erfüllung, soweit die Leistungsfähigkeit reicht. Diese Leistungsfähigkeit ist durch die Teilung Oberschlesiens erheblich zurückgegangen, vielleicht verschwindet sie noch ganz. Darüber aber dürfen wir auch dem Auslande gegenüber keinen Zweifel lassen. Die Entsendung eines Kommissars ist Anerkennung des Vertrags, Nichtentsendung ist die klare und unzweideutige Nichtanerkennung. Mit deutschen Verwahrungen und Protesten kann ein Museum ausgefüllt werden. Es ist klar, die Entente hat das formale Recht, uns das Diktat aufzuerlegen. Aber über dem formalen Recht steht das moralische Recht. Zur Wahrung dieses moralischen Rechts müssen wir uns gegen die Entsendung eines Kommissars aussprechen.

Abg. Weisshaid (USV.): Auch uns berührt es nahe, daß rein deutsche Gemeinden, in denen die große Mehrzahl der Bewohner ihre Stimme bei der Volksabstimmung für Deutschland abgegeben haben, an einen fremden Staat fallen, an einen Staat, der uns noch dazu nicht die geringste Sicherheit dafür bietet, daß er seinen neuen Willern ein einigermaßen wohlthätiges Heim zu bereiten vermag. Sowie ich bedenke, wie dabei natürlich der Arbeiterschaft, die von Deutschland losgerißt wird und damit losgerißt wird von dem Mutterboden ihrer Existenz. Wir verlieren außerdem Bodenschätze, Industriewerte, wir büssen Steuerkräfte ein. In demselben Moment aber, wo die Klage auf diesem Hause wegen Oberschlesiens halbmacht weht, gewahren wir an der Wüste eine erwallende Haufe in ober-schlesischen Werten.

In den letzten Monaten und Jahren ist leider dadurch sehr geschädigt worden, daß

Illusionen erweckt wurden, als ob das ganze Oberschlesien nicht nur nach dem Wortlaut des Friedensvertrages sondern auch nach der mutmaßlichen Entscheidung des Obersten Rates bei Deutschland bleiben werde. Dadurch, daß man diesen Behauptungen von den amtlichen Stellen nicht entgegengetreten ist, mußte die Erregung gewaltig gesteigert werden, als eine Entscheidung gefällt wurde, die jedwede Einstellung voraussehen mußte. Was wir heute fordern haben haben wir in dem Augenblick verloren, als Ludendorff die deutsche

Regierung drängte, Waffenstillstand abzuschließen. Damals wäre vielleicht geeignetere Gelegenheit gewesen, die Klage auf Halbmaß zu legen. Von da aus hat sich alles andere durchaus zwangsläufig entwickelt. Der Friedensvertrag ist das natürliche Ergebnis des verlorenen Krieges. Die Bedingungen des Friedensvertrages sind solche, wie sie der siegreiche Imperialismus den Besiegten auferlegt. Er kennt kein anderes Motto, als: Wehe dem Besiegten! Er läßt eine Gerechtigkeit, wie er sie versteht. Er ist nicht imstande, die Grundlagen für einen dauernden Frieden zu legen, da er nicht die Interessen des arbeitenden Volkes, sondern ausschließlich die Interessen der Kapitalisten, der Industrie, der Banken usw. im Auge hat. Gegen diese Politik lehnt sich die sozialistische Arbeiterkraft zur Wehr. Sie weiß, daß weder durch Demonstrationen noch durch den von der Entente gepredigten aktiven oder passiven Widerstand irgend etwas erreicht werden könnte, sondern nur, wenn dem Kapitalismus und Imperialismus die Grundlage entzogen wird, durch ein andres Wirtschaftssystem.

Durch Überwindung des Kapitalismus, durch den Sozialismus.

Die Volksabstimmung in Oberschlesien hat keine Mehrheit für Polen ergeben, aber eine große Zahl von polnischen Stimmen, auf die gestützt die Entente die Teilung Oberschlesiens mit Recht oder Unrecht vornimmt. Viele von denen, die für Polen stimmten, täten es nicht so sehr für die Republik Polen, als um sich gegen die alte preussische Politik auszusprechen, gegen die Politik der Entente, der Unterdrückung. Es ist die Saat des Kapitalismus, die hier verhängnisvoll für das gesamte Volk ausgegangen ist. Was hat man getan, um die Stimmen der ober-schlesischen Arbeiter für die deutsche Sache zu gewinnen? Propaganda ist betrieben worden — an Geld hat es ja nicht gefehlt —, die Oberschlesien zu einem Herd der Korruption gemacht hat. Wenn Sie zu den ober-schlesischen Arbeitern weniger von deutscher Kultur und mehr von deutscher Sozialpolitik, vom Arbeitentag usw. gesprochen hätten, dann würden Sie wahrscheinlich einen sehr viel stärkeren und nachhaltigeren Eindruck gemacht haben. Aber davon ist deshalb nicht geredet worden, weil man es mit der deutschen Großindustrie nicht verderben wollte.

(Sehr richtig!) Die ganze Propaganda und Propaganda ist wieder zurückgefallen auf die sozial höherstehenden Schichten des deutschen Unternehmertums, der deutschen Industrie, des deutschen Kapitals.

Ein paar Worte zur Rechtsfrage: Nach unserer Überzeugung spricht das formale Recht für die Entente. Es scheint mir eine außerordentlich gewalttätige Interpretation des Friedensvertrages zu sein, wenn man erklärt, daß auf Grund dieses Friedensvertrages Oberschlesien nicht geteilt werden dürfe. (Sehr wahr!) Wenn wir uns die entsprechenden Paragraphen des Verfallener Vertrages ansehen, so kann trotz aller Interpretationskunststücke nichts daran geändert werden, daß dort von einer Grenzziehung in Oberschlesien die Rede ist, nicht von einer Abgrenzung des Abstimmungsgebietes, sei es von Polen, sei es von Deutschland. Ueber eine innerhalb ober-schlesischen Gebietes anzunehmende Linie soll der Oberste Rat entscheiden. Wir können sagen, die geographischen und wirtschaftlichen Verhältnisse seien nicht genügend berücksichtigt worden. Aber wir können nicht erklären, die Grenzziehung sei mit dem Friedensvertrag unvereinbar. Wir verurteilen es, daß man das deutsche Volk nicht genügend auf diese Dinge hingewiesen, es in Millionen gewiegt hat. Die wirtschaftlichen Bestimmungen laufen darauf hinaus, das zerrissene Wirtschaftsgebiet wieder einigermaßen zusammenzufassen.

Wir bedauern die Zerreißung, da auch wir das Gebiet für einheitlich halten. Aber wann konnte man denn erwarten, daß der Protest in dieser Beziehung Wirkung ausübe, insbesondere, wenn er von Leuten kommt, die selbst in ihren Kriegsjahren während des Weltkrieges niemals die geringsten Rücksichten auf die wirtschaftlichen Zusammenhänge bestimmter Gebiete genommen haben. Ich erinnere nur daran, daß während des Krieges verlangt wurde, in Belgien müsse das wallonische von dem flämischen getrennt werden. Hat die Vorgängerin der Deutschen Volkspartei Rücksicht auf die wirtschaftlichen Zusammenhänge genommen in all ihren zahlreichen parteioffiziellen Kundgebungen zugunsten der Konventionen? Die Konventionen bezeichneten sich als die Partei der Reichsausdehnung. Die Freikonservative Partei war für die möglichst feste Festhaltung des damals von deutschen Truppen besetzten Gebietes Westarp lagte am 6. April 1918, daß es notwendig ist, daß wir Belgien fest in unserer Hand behalten. Von den wirtschaftlichen Interessen dieses Landes ist bei ihm nicht die Rede. Stresemann sprach davon, man müsse Belgien militärisch, politisch und wirtschaftlich in der Hand behalten. Weiter wurde gesagt, wir müssen so stark werden, und unsere Gegner so rücksichtslos schwächen, daß uns kein Feind mehr angreifen magt. Dazu ist unbedingt eine Grenzerweiterung im Osten und Westen erforderlich. Nichts von Rücksichtnahme auf die wirtschaftlichen Zusammenhänge dieser Gebiete, die den Gegnern gehörten. Und vor allen Dingen erinnere ich an die berühmte Annexioneingabe der großen Verbände. Nicht nur wollte man Belgien restlos schließen, sondern auch daß in Belgien die Bevölkerung keinerlei politische Rechte haben soll. Ich frage:

Wo bleibt da die Rücksichtnahme auf die wirtschaftlichen Zusammenhänge?

In den Bestimmungen des Völkervertrages, das politisch zerrissene Gebiet wirtschaftlich wieder etwas zusammenzufassen, sehen wir etwas, das im Interesse der gesamten ober-schlesischen Wirtschaft liegt, das die Härte der Grenzziehung wenigstens vorübergehend zu mildern in der Lage ist. Warum bekämpft man gerade diese Wirtschaftsbestimmungen? Weil man Troppolitik betreibt? Troppolitik ist es, die sich am besten bekundete in dem deutsch-nationalen Artikel des demokratischen Berliner Tageblatts, in dem gefordert wurde man solle Polen verkaufen lassen. Das ist ja eine merkwürdige Wirtschaftsauffassung die Auffassung eines Mannes, der wirtschaftliche Zusammenhänge und das gegenseitige Aufeinanderangewiesensein der Länder- und Staaten noch nicht erfaßt zu haben scheint. Es gibt ja verstreute Wohnungen und Klagen in dem Hause von Rudolf Wölfe. Auf der einen regiert Herr Theodor Wolff, auf der anderen der Verfallener. (Große Heiterkeit.) Im Handelsteil des Berliner Tageblatts konnte man lesen, daß diese Frage durchaus nicht so mit einer Handbewegung abgetan sei, daß man sich sehr wohl fragen müsse, ob es nicht doch im Interesse Deutschlands gelegen sei, den an Polen fallenden Teil Oberschlesiens nicht verkaufen zu lassen. Die demokratische Partei ist ja in den letzten Tagen außerordentlich ruhig geworden (Heiterkeit). Durch ihre Haltung in der ober-schlesischen Frage. Bei der ganzen Krise, die jetzt angeblich wegen Oberschlesien über uns gekommen ist handelt es sich darum,

die Koalition nach rechts zu verbreitern.

handelt es sich darum, die Tore der Regierung für die Deutsche Volkspartei zu öffnen, handelt es sich darum, die Grundlage für eine andere Politik zu finden, bevor der Wahrgang der neuen Steuervorlagen herbeibringt. Handelt es sich darum, vorher unter das sichere Dach einer großen Koalition zu kommen. Das ist das Streben der demokratischen Partei und zum Teil auch des Zentrums. Dieses Streben hätte nicht so stark werden können, wenn nicht eine große Partei der alten Koalition, die der Mehrheit angehört, in Göttingen sich so nachdrücklich für die Deutsche Volkspartei ins Zeug gesetzt hätte. (Leb. Widerspruch bei den Reichstagsabgeordneten.) Die Aktien sind darüber geschlossen. Wenn Sie Näheres darüber erfahren wollen, lesen Sie die Beschlüsse der Ver-

iner Funktionäre. (Zuruf von den Rechtssozialisten: Lesen Sie Hamburg und Nürnberg!) Nürnberg ist in den letzten Jahren immer etwas geschickter gewesen. Wenn man in Götting wenigstens etwas geschickter gewesen wäre. (Zuruf: Rechtssoz.) ergreift sich in leidenschaftlichen Ausbrüchen gegen Reichssoz.) Ich glaube, daß sich jemand nur deshalb in diesem Augenblick so aufregen kann, weil er selbst im Grunde seines Herzens die Berechtigung meiner Ausführungen anerkennt.

Es ist doch vielleicht auch bekannt, daß sich gerade in der letzten Zeit in Frankfurt a. M. Anzeichen bemerkbar machen für einen Rückgang in bürgerlichen Lager. Alle diese Anzeichen zeigen man, wenn man den Eindruck erweckt, daß der bisherige Kurs in Deutschland nicht mehr geteilt werden soll. Und die Demokraten gehen hin und haben nichts Eiligeres zu tun, als dem Kabinett den Boden unter den Füßen zu entziehen. Wenn das irgend eine andere Partei getan hätte, würden wir es auch verurteilen und unbegreiflich finden. Doppelt unbegreiflich ist es bei einer Partei, die sich demokratisch nennt. (Zuruf: Vaterrepublik!) Jawohl, wir sind nicht die unbedingten Anhänger der formalen Demokratie. Es ist ihr einziger Punkt im Programm. (Große Heiterkeit links.) So haben Sie ein politisches Spiel getrieben.

Das an Verantwortunghaftigkeit seinesgleichen sucht.

Herr Dr. Wirth trat vor uns mit einem umgestellten Kabinett, ein Kabinett nicht nur von Persönlichkeiten, sondern auch Charakteren. In diesem Kabinett sitzt auch ein dem kräftigerer Urtauber (große Heiterkeit). Sozial Selbstkenntnis haben also die Demokraten beiseite, daß sie in ein Kabinett der Persönlichkeiten eintraten. (Große Heiterkeit.) Wir haben das Kabinett Wirth in der bisherigen auswärtigen Politik unterstützt. Immer wenn es eine Politik trieb, die im Interesse des arbeitenden Volkes gelegen war, die Republik zu schützen und zu verteidigen geeignet erschien. Wir sind durchaus geneigt, an dieser Linie auch weiter festzuhalten. Wir behalten uns natürlich ständig freie Hand vor, die Kritik und das Recht, uns gegen dieses Ministerium zu wenden in dem Augenblick, in dem es sich von den bisherigen Grundgedanken entfernt. Dabei sind wir uns darüber im klaren, daß die oberste Frage nicht die einzige Frage ist, die das Kabinett zu erledigen hat. Man wird heute damit einverstanden sein, daß ein Kommissar entsandt wird, daß wir, soweit es in unseren Kräften liegt, auch weiter den Friedensvertrag erfüllen. In diesem Sinne findet auch die neue Regierung unsere Unterstützung. Aber damit ist die Arbeit des Reichsanzlers und seines Kabinetts nicht erfüllt. Es kommen gerade in der nächsten Zeit eine Reihe außerordentlich wichtiger Vorlagen auf die Tagesordnung, die Entscheidung über die große Frage, wie die Lasten der Erfüllung des Friedensvertrages verteilt werden sollen.

Das wird die Feuerprobe sein, die diese Regierung zu bestehen hat. Bis dahin ist ein Provisorium, eine Uebergangszeit. Auch wir sind überzeugt, daß der Verfallener Friedensvertrag und das Ultimatum auf die Dauer nicht zu erfüllen sind. Aber es kommt darauf an, daß auch die Vertragsgegner diese Erkenntnis gewinnen. Sie werden sie gewinnen, wenn wir unsere Kräfte aufbieten zu leisten, was geleistet werden kann. Dadurch werden wir den Beweis erbringen,

daß diejenigen, die heute während weltlicher Krise Not leiden, in ihren Privatverhältnissen Paargeldsummen auf Summen häufen, zu den Leistungen herangezogen werden, wie es notwendig ist. Das ist die erste Bedingung, dem Gegner die Erkenntnis beizubringen, daß wir tun, was notwendig ist. Wir werden ihnen diese Erkenntnis um so mehr erleichtern, wenn wir in den Bahnen unserer Politik fortführen, die wir bisher gegangen sind. (Lebhafte Bravo bei den U. S.)

Abg. Schilling (Lem.) gibt für seine Fraktion folgende Erklärung ab:

Die Fraktion nimmt im Interesse Ober-Schlesiens der Entscheidung eines Kommissars zur Abwicklung der sich aus dem Diktat ergebenden Fragen zu unter der Voraussetzung, daß sich daraus eine Anerkennung der dem Verfallener Vertrag widersprechenden Selbstbestimmung ergibt. Sie muß erwarten, daß sich die Regierung an diesem Standpunkt nicht abbringen läßt und macht ihre künftige Stellung zur Regierung davon abhängig. Da sie hierüber nach den Verhandlungen bei der Regierungsbildung die notwendige Sicherheit nicht erlangen konnte, vermag sie sich an der Regierungsbildung nicht zu beteiligen. Nur im Hinblick auf die Eigenart des Wirkungsbereiches des Reichswehrministers hat sie sich damit einverstanden erklärt, daß Herr Gehler dem dringenden Ersuchen des Reichsanzlers auf weitere Geschäftsführung dieses Ministeriums entsprochen hat, in der Hoffnung, daß dieses wichtige Ministerium auch in Zukunft dem Wechsel der politischen Konstellationen entzogen wird.

Der Redner erklärte sodann, daß seine Partei flammenden Protest gegen die Bejahung Ober-Schlesiens erhebe.

Abg. Emminger (Bayr. Vn.) gibt eine Erklärung ab, in der die schärfste Verwahrung gegen das Gesetzentwurf einlegt.

Inzwischen ist ein Antrag der Regierungsparteien Marg-Wels eingegangen, wonach der Reichstag die Erklärung der Reichsregierung billigt.

Ferner liegt ein Antrag Emminger (Bayr. Vn.), Bachmeier (Bayr. Bauernbund), Dr. Beder-Hessen (D. Vn.), Herzl (Dnalk.) vor, in dem gesagt wird, der Reichstag habe mit tiefer Empörung von der Entscheidung über Ober-Schlesien Kenntnis genommen. Die Entscheidung stelle eine Verletzung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker, die schwerste Mißachtung des in der Abmachung zum Verfallener Vertrag enthaltenen Volkswillens und eine Verletzung des Verfallener Vertrages dar. Der Reichstag erhebe im Namen des deutschen Volkes gegen den Gewaltakt, den er niemals als Recht anerkenne, feierlichst Einspruch.

Abg. Hagedorn (Komm.) erklärt, daß seine Partei die Entscheidung der Volkskammerkonferenz nicht anerkenne, wie alle anderen Entscheidungen, die sich auf den Verfallener Hauptvertrag stützen. Die Fraktion protestiert aufs schärfste gegen die Art, wie das dritte Kabinett Wirth zustande gekommen sei. Es sei nur der Reichstag für eine Stimmeregulation.

Abg. Vogl (Komm. Arbeitsem.) protestiert ebenfalls gegen die Gesetzentwürfe.

Abg. Maier (Hert.) stellt in einer Erklärung fest, daß seine Partei den Antrag Emminger ablehnen werde, nicht etwa, weil

er mit dem materiellen Inhalt nicht einverstanden sei, sondern weil im Vordergrund der Verhandlungen die Regierungserklärung stehe. Sie enthalte alles, was auch in dem Antrag wiederholt sei.

Abg. Müller-Franken (SPD.) erklärt den Antrag ebenfalls für überflüssig.

Abg. Bedebour (USP.) Wenn wir dem Antrag, der die Erklärung der Regierung billigt, zustimmen, so billigen wir damit nicht sämtliche Ausführungen des Reichsanzlers. Den Antrag Emminger lehnen wir ab.

Damit schließt die siebenstündige Aussprache. Ueber die Anträge erfolgt

namentliche Abstimmung.

Der Antrag Marg-Wels wird mit 230 gegen 132 Stimmen bei 9 Stimmenthaltungen angenommen. Dafür stimmen Zentrum, Rechtssozialisten und die unabhängigen Sozialisten. Der Antrag Emminger wird mit 213 gegen 152 Stimmen bei 4 Enthaltungen abgelehnt. (Zurufe rechts.) Für den Antrag stimmten die Deutschnationalen, die Deutsche Volkspartei, die beiden bayerischen Parteien und die Demokraten.

Es folgte eine umfangreiche Geschäftsordnungsdebatte über die nächste Sitzung. Schließlich wird beschlossen, die nächste Sitzung am 3. November abzuhalten. Tagesordnung: Interpellation über die Vorkommnisse in der Pfalz, über die Preissteigerung, Steuerfragen, Anträge.

Schluß der Sitzung gegen 12 Uhr nachts.

Die Fraktion nimmt im Interesse Ober-Schlesiens der Entscheidung eines Kommissars zur Abwicklung der sich aus dem Diktat ergebenden Fragen zu unter der Voraussetzung, daß sich daraus eine Anerkennung der dem Verfallener Vertrag widersprechenden Selbstbestimmung ergibt. Sie muß erwarten, daß sich die Regierung an diesem Standpunkt nicht abbringen läßt und macht ihre künftige Stellung zur Regierung davon abhängig. Da sie hierüber nach den Verhandlungen bei der Regierungsbildung die notwendige Sicherheit nicht erlangen konnte, vermag sie sich an der Regierungsbildung nicht zu beteiligen. Nur im Hinblick auf die Eigenart des Wirkungsbereiches des Reichswehrministers hat sie sich damit einverstanden erklärt, daß Herr Gehler dem dringenden Ersuchen des Reichsanzlers auf weitere Geschäftsführung dieses Ministeriums entsprochen hat, in der Hoffnung, daß dieses wichtige Ministerium auch in Zukunft dem Wechsel der politischen Konstellationen entzogen wird.

Hühneraugen
Hornhaut, Schwielen u. Warzen
besetzt das ärztlich empfohlene milchsaure
Kukirol
Schwefel M. 3.50 in Apotheken u. Drogerien erhältlich.
König-Salomo-Apothek, Grimaltsche Str. 17.

Schon
18  **77**
wurde dieses Seiden für
Apotheker Richard Brandt's Schweizerpillen (Abführpillen) als Schutzmarke eingetragen. Vor Nachahmung wird gewarnt. U. S. vorm. Apotheker Richard Brandt, Schaffhausen (Schweiz) und Singen a. Solentwiel (Baden).

Kleiner Anzeiger

Arbeitsmarkt
Tücht. Tag- u. Rodschneider
Ludwig
Hühne & Clement, Barfußgasse 11.

Tücht. Schwerlastkraftwagenführer
welche schon vor dem Kriege Lastwagen gefahren haben,
sowie
erfahrene Automobilschlosser
sucht für sofortigen Eintritt die
Kraftverkehrs-Gesellschaft „Freiland Sachsen“
Neubauer Hallische Str. 148 (Kaserne 106), Tel. 50788.

Wir suchen zum baldigen Eintritt einen
erfahrenen
Werkzeug-Einspanner
Angebote an die
Deutsche Patent-Gründungs-Fabrik
Walter Rieschel & Co. m. b. H.
Liebertwolkwitz bei Leipzig.

Rauchwaren-Zurichter
für Bank und Maschine werden sofort eingestellt
Rauchw.-Zurichterol, L.-Ll., Kuhlstr. 14-16.

Tüchtiger, unvorholrateter Stuhlmacher
der nach vorhand. Modellen selbständig aparte poliert,
Lehne, Kissen, Sofas und Stühle anfertigen kann,
wird für dauernd gesucht
Mecklenburgische Möbelfabrik Georg Blieffert
Schwerin in Mecklenburg.

Tüchtigen Beschneider
an den Dreischneider sucht
Leipziger Buchbinderei-Verf.-Gesellschaft
vorm. Gustav Frische.

Geübte Seimarbeiterinnen
für kleine Flachbeutel dauernd gesucht. Ausgabe Freitag
u. Dienstag von 9-11 Uhr. Ad. Döhner Str. 67, Hof. 1.

Handhefterin
für Schreibhefte sucht ausbildungsweife
Leipziger Buchbinderei-Verf.-Gesellschaft
vorm. Gustav Frische.

Zuverlässige und ehrliche
Zeitungsträgerin
für das Viertel (Alt-Postamt) gesucht. Zu melden
in der Expedition der Leipziger Volkszeitung.

Bernidler
der schon in Lohnverm.-Anstalt gearbeitet hat, gesucht
Gebmann & Co., Burgstr. 20.

Zum möglichst baldigen
Eintritt suchen wir
für unsere Abteilung
Tiegeldruckpressenbau
tüchtige selbständige
Schlosser
und
Monteure
die langjährige Erfahrungen im Bau von
Tiegeldruckpressen und
automatisch. Anlagen
besitzen. — Hoher Lohn
und dauernde Stellung.
Ausführliche Bewerbungs-
unterlagen erbeten unter
G. 38 an die Exped. dieses Blattes.

Nidel-Wolierer
für Lohnverm.-Anstalt gel.
Rehmann & Co., Burgstr. 20.
Schwerkriegsbeschädigter.
im Rechnen und schriftlichen
Arbeiten erfahren, für
Betriebsbureau
von Plagwitzer Maschinen-
fabrik gesucht.
Angebote m. Zeugnisabscr.
erb. unt. F. 37 Exp. dies. Bl.

Jüngerer Laufbursche
möglichst Radfahrer, für
dauernd sofort gesucht
A. Hoppe, Leipzig-Pl.
Fischerstraße Str. 33.

Best. Zigarettentakt. Arbeiter-
innen, auch f. Hausarb.,
sucht Hermann Koch, Kart.-
Fabrik, Rathausstraße 45.

Perfekte Nidelmacherin
wird gesucht bei G. Lechner
Kleinm. Schöner Weg 10.

Tüchtige K. anzbindein
Frau od. jung. Mädchen zur
Aushilfe bei Totenfest gel.
Gartenbaubetrieb E. Grote,
Dessau, Heidestr. 81.

Zuverläss. Frauen u. Mädchen
zum Zeitungsvertragen für früh
und abends sofort gesucht.
Mon. u. Di. bis 300 Mark.
Zu melden Johannisstraße 8
(Portier).

Zuverlässige Frauen
für Schenk- u. Zeitungsver-
tragen sofort gesucht
Königsstr. 71, Zig.-Ges.
Ederlein.

2 geübte Gartenfrauen
sucht Thum & Wunder Nachf.
Döhlin-Str. 11.
Mädchen für äußere
Arbeiten sucht
S. Springer, Papierm. -Anstalt,
Fabrik. Karolinenstr. 22, Hof. 11.

Verkäufe
Habe
neu und getragen
Anzüge
à 180.— Mark
Hosen
à 40.— Mark
Ulster
à 65.— Mark
nur aus prima Stoffen
Gummimäntel
Joppen, ...
Schuhe usw.

Kanner
Eisenbahnstraße 5.
Habe keine Filialen.
Von Herrschaften wenig getr.
so gut wie neu u. neuwert.,
Dam. u. Kind. Garderobe aus
feinst. Stoff. herg. kauf. Sie,
wie altbekannt gut u. bill.,
nur b. Nummer, Reichstr. 14, Tr. 13

Reelles
Christlich-Eltagengeschäft
noch billige Preise
Anzüge, Hosen
Joppen, Westen
Paletots, Schlüpfen
Prima Boden-Mäntel
nur bei Rüte Thiene
Sporenstraße 10, l. Etg.
Kein Laden.

Spotbillig!
Getragene und neue
Ulster
Schlüpfen
Anzüge
Hosen
nur prima Qualitäten u.
sämtliche Schuhwaren
kaufen Sie wie altbe-
kannt beim billigen
Kanner
Eisenbahnstr. 5.
Habe keine Filialen.

Ich
allein bin in der Lage
durchaus günstig. Massenab-
schluß billig abzugeben:
Schlüpfen, Ulster
Paletots, Joppen
Hosen — Anzüge
Kindergarderobe
Herrn-Anzüge aller Art
Gehrock, Frack- u. Smoking-
Anzüge, Klapp- u. Zylinderhüte
auch leihweise
WADEWITZ
Windmühlenstr. 33, l.
kohnLaden, nur. Etage

Umsonst
Ihr Suchen, wenig
getragene, auch neue
Ulster u. Joppen
Anzüge
Militär-, gestreifte u. sämtl.
Hosen
Schuhe u. Stiefel
sind am billigsten nur bei
Kanner
Wurzner Str. 15 a.

Gelegenheitskäufe!
in neuen und getragenen
Anzügen, Schlüpfen,
Paletots, Ulster, Hosen
sowie Damensachen u.
Kinderkleidung jeder Art,
Leib- und Bettwäsche
zu billigen Preisen
J. Starz, Sternwartenstr. 1
Ede Kohlsch.

Anzüge
Manchester - Joppen
feldgrau -
Hosen - Manchester
enpl. Leder
verkauft billig
Barth
Grossa Fleischergasse 1.

Ausschnitten:
Anzüge
Paletots, Schlüpfen
Cutaway, Gehrock
spotbillig, bar und
Teitzahlung!
Marlin Hahn
Johannisplatz 8
hint. d. Kirche und
Demmerlagstr. 72, II. l.
u. Langostr. 10. l.

Spotbillig!
Anzüge
Neu und getragen
von feinsten Kavalieren
kaufen Sie auffallend
billig, auch sämtliche
Schuhwaren nur beim
billigen Kanner
Eisenbahnstr. 5.
Habe keine Filialen.
Wo kauft man am
billigsten?
3. billigen Kleiderbese
Turnerstraße 3, Selinger

Analise von 150
einzelne Hosen 50
einzelne Jopette 50
Militärhosen 100
Winterüberzieher 100
Militärjoppen 50
Bekleidung u. Kaufmann!

Lindenu
Hentrichstraße 4 (am Markt)
ist der billigste Laden für neue
u. getrag. Herren- u. Damen-
Bekleidung

Die neuesten
Modelle
in eleganten
Schlüpfen
sowie wenig getragene
Anzüge
beste Maßarbeit
verkauft billig!
Schmerel
Rosenthalgasse 5, III.
(am Fleischergasse).

Riesenauswahl
in
Militär-, gestreifte
sowie alle
Sorten **Hosen**
Analise von 300 Mt. an
Schuhwaren in großer
Auswahl
Turnschuhe
27-33, 10.50 Mt.
Rachwalski
Täubchenweg 64.

Aufruf an Alle!
Ich kaufe und hole ab
Zeitungen, Bücher, Musik,
Kunstgegenstände, Kupfer,
Metalle, Eisen und Stahl.
Steinbrecher, Lindenthaler Straße 36
Telephon 51283.

Spotbillig!
Neu u. getr.
Hosen
Militär-, gestreifte,
schwarze, alle Arbeiter-
hosen in Riesenauswahl
auch alle Schuhwaren
kaufen Sie nur beim
altbekannt
billigen Kanner
Eisenbahnstr. 5.
Habe keine Filialen.

Telephon 10401.
Große Auswahl in nur
herausgezeichneten
Kleid., Blusen, Mäntel, Mod.
und bergl. Frieda Claus,
Windmühlenstr. 45, l. Etage.
Samstag, Schw. Frei u. Bl. ab
u. v. v. v. Augustastr. 47, l. r.

Sausfrauen!
Sie sparen viel Geld,
wenn Sie Ihren Bedarf in
Strickwolle, Seifen
und **Putzmittel**
bei mir kaufen. **PRIESE**
Kein Laden. Kein Laden
Stills. Blauschlag Str. 27, l.

Nur
Täubchenweg 64
kaufen Sie noch zu
billigen Preisen
Damen- Kesselmöbel, ge-
kreit, 27.50 Mt.
Damen- Beinkleider (Bar-
den) 34.50 Mt.
Maschinenwägen (200 Mt.)
1.75 Mt.
Weber Bezug mit 2 Rissen
(best.) mit 195 Mt. an
Serren-Bezug-Bezug-
von 45.50 Mt. an
Serren-Unterhosen
von 16.50 Mt. an
Serren-Taschentücher (bunt)
von 3.95 Mt. an
sowie Kessel, Seidentuch,
Vinon, Stangenleinen, In-
lett, buntes Bettzeug, Bett-
tücher, Hand- und Wisch-
tücher, Tritonagen und
Strümpfe in großer Ausw.
Nähmaschine, Langsch., u. v.
Saulau Taubacher Str. 48, 10-12

Knorr Hafermehl

hat reichen Gehalt an Eiweiß und blutbildenden Nährsalzen und ist **wohlschmeckend und nahrhaft**



Kleiner Anzeiger

Berkaufe

Schlafdecken
Stück 32, 42, 46 und 55 Mt.
Umhängelächer,
fertige Schürzen,
Bett-Zinlett,
Sand- und Wischtücher
Nikolaistr. 10, I. Obg.
Kein Laden.

Rommode
einfacher Waldbisch, Tisch,
4 Rohrstühle, ovales Steschild
verkauft Mollstr. 58, v. I.
Guter Gramophon mit
Trichter (200 Mt.) zu perf.
Querstraße 31, I. bei Danno.

Fahrräder nebr. von 440 an,
Aufschläuche von 13.50 an,
Kaufdecken von 43 Mt. an,
Zubehör a. bill. Lagerpreisen

Beyer **Handtücher 33**
Steinweien
Promenadenwagen, guterh.
Schaufel, 50l. Gasofen, 15
eiser. Kinderbetten, weiß
knob. Tisch, Kleiderst. 10, I.
Kinderwagen, guterhalten,
zu perf. Siemensstr. 25, III. I.
Zusammenklapp. Sportwa.
v. bill. Schirmerstr. 18, S. II. r.

Maurer
-Werkzeuge
u. -Kleidung
Soden, Glase, Schmirren
Ancher, Weibhürten,
Bühnenreiter und -Haken,
Hämmer, Keilen, Maß-
stäbe, Waagen, alle Er-
fahrte, Reparaturen
Eckardt, Sophienstr. 10.

Stängeluche

Kaufe **Werkzeuge**
Werkzeuge, Gerberöbe,
Werkzeuge, Sachen, I.
Gebroch. Anzüge, Betten,
Bett- u. Polster, Leinwand,
Wolltücher, Stiefel und Schuhe,
Kint, Handliche Gasse 6, pt.
Strahlenbahn b. Battenberg.
Gebroch. Anzüge und alle
Herrenkleidung taufst stets
Johannplatz 8 (h. d. Kirche)
u. Demmeringstr. 72, II. I.
Berich. Möbel zu kaufen gel.
Langestraße 10, Dietrich.
Nähmasch. Licht Kappe, Harn-
berger Str. 11, T. 1921, Wöhl.

All. Gold u. alt. Silber
Platin, Uhren, Ketten, Ringe
kauf Max Israel, Uhrm.
Promenadenstr. 5, Vab.*

Wagen, u. Kinderwan-
gen, Scotti, Sidonienstr. 28, I.
Hbl. Kinderwagen, 1. u. gel.
Fischerstr. 35, III. r., W. Wintler

Alle Sorten
Wäute und Felle
amentlich Ziegen, Hasen,
Lanin taufst wie früher
Schade, Fellehandlung
Berberitz, 9. Hof, Queraebd

Bermittelte Anzeigen

Tüchtiger Schneidermeister
Vertig. Anzüge für 400. an,
Stoff muß geliefert werden.
Vierseit. 8 Tage unter voller
Garantie. Angebote u. terl.
S. 33 an die Exped. d. Blatt.

I. Berleth-Institut
seiner Geschäftsk. -Anlage
J. Kindermann
Neumarkt 1 I. Trepp.

Verleih-Haus
eleg. Frau- u. Gesellschafts-
Anzüge zu all. Verleth.
J. Lippmann
Salzschäden 9, I. *

Sämtliche
Wär.-Reparaturen
gut und preiswert
Zeigig & Pflug I.
Petersstr. 44, Großer Reiter.

Zum Decken
Samenschnitt, "Unter 78"
Dr. 15 Mt. 21, Pflanzstr. 6.

Wohnungen

Jung. Mann 1. Janb. Schlaf-
stelle Wagnsdorf od. Döbheim.
Off. u. E. 36 Exp. Tauch. Str.

Olympia-Tanzpalast

Leipzig, Wurzner Straße 77. Telefon 61246.

Morgen Freitag
**Original-
Münchener Oktober-Fest**
Betrieb Stimmung Humor
Saal noch einige Tage in der Woche frei.

Papiermühle

Telephon 8261 **G.-Stötteritz** **Stassenbahn** 5, 6, 19

Morgen Freitag ab 7 Uhr
Oktoberfest-Ball **Erstklass. Musik**
Steter-Orchester
Auftreten: Susi und Franzl, des o' erbayrischen
Schuhplattlerpaars mit ihren Tänzen.
Original-Jazz-Band.
Damen im Dornel-Kostum halben Eintritt
Tadelloser Betrieb! Neuer Inhaber: Curt Fassmann.

Eiskellerpark

Morgen Freitag sowie jeden Freitag
Der große Ball-Betrieb.

Sächsische Keks- & Konfitüren-Fabrik

Vivinia
sind die
**Reformations-
Brötchen.**
Bis Sonnabend 7 Uhr
erhalten Sie
Warme
Reformations-
Brötchen.
Erst Schneider, Leipzig
Windmühlenstr. 42

Rindensfels

Karl-Heine-Straße 50 Fernruf 18105/90

Morgen
**Der Wahn
des Philipp Morris**
Die schabl. Folgen des Morbiumgenusses
5 Akte mit Lidia Salmonova und
Erich Kaiser, Tit.

Der Sohn des Piraten
Drama in 5 Akten mit Maria Carmi.
Der heilige Billendreher
Prachtvolle Natur-Aufnahme

Wintergarten

Eilenbahnstraße 50 Fernruf 18105/90

Morgen
Albert Bassermann
im neuen 5-Akte
Die kleine Dagmar

Seebär auf Freite Lustspiel in 2 Akten.....

Tippel = Paule Lustspiel in 2 Akten.....

Der grüne Wasserfrosch Natur-Aufnahme

"Ein Plan zur Sozialisierung der Landwirtschaft"
von Karl Marchloni. - Preis 2 Mk.
Leipziger Buchdruckerei A. G.
Leipzig, Tauchaer Straße 19/21.

KÖNIGS-PAVILLON

Promenadenstrasse 8 Heute zum letzten Male: Promenadenstrasse 8

Romantische Tragödie **Der müde Tod** Romantische Tragödie
in 6 Akten in 6 Akten

Ab morgen Freitag

der mit so grossem Erfolge in den Kasino-Lichtspielen vorgesehrte Sittenfilm
Das gelbe Haus (Die Prostitution).

KASINO-LICHTSPIELE

Neumarkt 21 Heute zum letzten Male: Neumarkt 21

Das gelbe Haus
und
Zwei Herzen und ein Schlag
Ab morgen Freitag:
Das Verbrechen von Houndsditch
hochinteressanter Detektivfilm in 6 Akten und
**Das Haus in der Weichsel-
gasse Nr. 9** 6 Akte

Licht- U. T. Spiele

Hahnstr. 19. Tel. 3187

Ab heute **Donnerstag**
Erstaufführung! Nur für Erwachsene über 18 Jahre. **Erstaufführung!**

Der zweite Richard-Eichberg-Sitten-Groß-Film. — Die große Lee-Parry-Premiere.

Die Bettelgräfin vom Kurfürstendamm

Ein gewaltiges Großstadt-Sittenbild
in der Hauptrolle:
Der Liebling aller U.-T.-Besucher
Lee Parry sowie **Toni Tetzlaff,**
Felix Hecht, Syme Tellmar,
Aruth Wartan.



Buchstäblich um die Plätze geschlagen hat sich das Publikum in Berlin bei der Uraufführung des neuen Richard-Eichberg-Sitten-Schlagers:
Die Bettelgräfin vom Kurfürstendamm

Ausserdem: Das reichhaltige Beiprogramm.

Einlass 3 1/2, Anfang 4 Uhr



In Dosen überall erhältlich
Fabrik: Urban & Lemm, Charlottenburg

Zabritflager Zeißighaus Neumarkt 18
Vertreter: Kurt Prüfer. Fernsprecher 15 815.

Hotel Deutsches Haus, Lindenau

Heute Donnerstag, den 27. Oktober, 8 Uhr
Berufs-Box-Kämpfe vom v.d.F.

Es kämpfen:
Hans Grote (Leichtgewicht)
Paul Birkholz (Leichtgewicht) ...
10 Runden à 3 Minuten 6 Unzen
Bruno Schmidt (Mittelgewicht)
Otto Rosseck (Mittelgewicht)
10 Runden à 3 Minuten 6 Unzen
Felix Raczewski (Federgewicht)
Artur Weise (Bantamgewicht)
10 Runden à 3 Minuten 6 Unzen
sowie 1 Amateur-Box-Paar.

Preis der Plätze einschließl. Steuer: Ringplatz M. 24.-,
I. Platz M. 15.-, II. Platz M. 12.-, Galerie M. 8.-,
Vorverkauf: Mitteldeutsches Sporthaus, Markt-
grabenstr., Sporthaus d. Westens, Demmeringstr.,
Friseur Coblenz, Ecke Nikolai- u. Parkstraße u.
Hotel Deutsches Haus, Lindenau.

Arbeiter! Ihr wählt gut
wenn Ihr Eure Zigaretten kauft
bei **Koppe**, Seiber Straße 49.

Welt-Theater

Barfußgasse (am Markt). Fernruf 4970.

Heute letzter Tag:
Die Gassenkönigin

Die Tragödie eines Modells.
Sitten-Drama in 1 Vorspiel und 5 Akten
und

Das schleichende Gift

Sitten- und Gesellschaftstück
Lissy Lind in 5 Akten **Josef Römer**

Ab morgen:
Die Sensation der Saison!
Der mit Spannung erwartete

erste plastische Film

aufgenommen mit dem neuen
Plastik-Aufnahmeapparat
von Arnold & Seyr, München

und die damit erzielte fabelhafte
Photographie, welche jedem Kino-
besucher sofort auffallen wird.

Weib? Wahn? Wahrheit!
5 Akte von Liebesglück und Liebesleid! 5 Akte.

Dazu:
Das Schicksal einer Waise

Sitten-Drama aus vornehmsten Kreisen
der italienischen Gesellschaft.
Beginn wochentags 4 Uhr.

